

Landesstelle
für Gleichbehandlung –
gegen Diskriminierung



Senatsverwaltung
für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung

BERLIN



Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus

Dossier von Dr. Dana Ionescu:
BDS-Bewegung /
Antisemitische Boykottkampagnen gegen Israel

*erstellt im Auftrag des
Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus
in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft „Antisemitische Boykottkampagnen gegen
Israel“ der Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz
jüdischen Lebens*

Stand: September 2020

***BDS*-Bewegung / Antisemitische Boykottkampagnen gegen Israel**

1. Der Kontext: Israelbezogener Antisemitismus	2
2. Geschichte und Ideologie von <i>BDS</i>	4
Der Gründungskontext	4
Forderungen und Ziele im Gründungsaufruf	5
Handlungsfelder und Aktionsformen	7
Der ideologische Hintergrund von <i>Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen</i>	7
Perspektiven der Antisemitismusforschung auf <i>BDS</i>	9
Die politische Praxis des Boykotts.....	12
3. Boykottkampagnen und <i>BDS</i> in Deutschland	13
<i>BDS</i> -Gruppen und Initiativen in Deutschland.....	15
Aktivitäten und Aktionen in Deutschland	17
4. Monitoring der Aktivitäten und Erklärungen gegen <i>BDS</i>	18
Parlamente und kommunale Organe	18
Politische Parteien und parteinahe Zusammenhänge	20
Der universitäre Kontext	22
Weitere zivilgesellschaftliche Akteur*innen.....	23
Gerichtsentscheidungen	24
5. Handlungsempfehlungen.....	26
6. Literatur- und Quellenverzeichnis.....	29

BDS (*Boycott, Divestment, Sanctions*, auf Deutsch *Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen*) ist eine transnationale Boykottkampagne und Bewegung, die sich gegen die Existenz Israels als jüdischen Staat richtet. Da *BDS* zudem Individuen generalisierend für die als illegitim bewertete israelische Politik verantwortlich macht, ist die Bewegung zentraler Gegenstand gesellschaftlicher Kontroversen um aktuelle Formen des Antisemitismus.

1. Der Kontext: Israelbezogener Antisemitismus

Für die Einordnung der *BDS*-Kampagne und -Bewegung ist besonders der israelbezogene Antisemitismus relevant,¹ der zum Teil mit klassischen antisemitischen Stereotypen in Erscheinung tritt.² Auch wenn sich der Großteil der Antisemitismusforscher*innen darüber einig ist, dass es israelbezogenen Antisemitismus in Form von Israelfeindschaft oder Israelhass gab und gibt, besteht Uneinigkeit über die Frage, wo dieser genau beginnt. Gegenstand kontroverser Auseinandersetzungen ist, wie das Verhältnis zwischen nicht-antisemitischer Kritik an der israelischen Innen- oder Außenpolitik oder an Aktionen des israelischen Militärs sowie Antizionismus und Antisemitismus überhaupt zu bestimmen ist.³ Während einige Antisemitismusforscher*innen um eine strikte Abgrenzung und Trennung von „Israelkritik“ und Antisemitismus bemüht sind,⁴ begreifen andere Israelfeindschaft als zentralen Bestandteil des (gegenwärtigen) Antisemitismus⁵ und sehen diesen als derzeit dominante und am weitesten verbreitete Form.⁶ Alle betonen, dass es nicht-antisemitische Kritik am israelischen Staat und dessen Regierung gibt⁷ und dies am Einzelfall zu entscheiden ist.⁸

Seit den 1990er Jahren belegen quantitativ empirische Studien,⁹ dass antiisraelische und antisemitische Einstellungen häufig in Wechselbeziehung zueinander stehen und einander bedingen.¹⁰ Eine „des Antisemitismus unverdächtige Kritik an Israel ist möglich, aber selten“¹¹ und israelbezogener Antisemitismus ist in der deutschen Bevölkerung weit verbreitet.¹² In zwei

¹ Vgl. Schwarz-Friesel 2019: 83; Salzborn 2018: 139ff.; Cohen 2007: 1.

² Vgl. Pessin/Ben-Atar 2018: 7; Wistrich 2011: 10.

³ Vgl. Hirsh 2007: 91ff.; Lagodinsky 2013: 60ff.; Kohlstruck/Ullrich 2015: 23; Pfahl-Traugher 2020: 59ff.

⁴ Vgl. Klug 2003: 129, 133; Zimmermann 2004: 304; Judt 2004: 46; Lerman 2004: 107f.

⁵ Vgl. Améry 1969; Wistrich 2004: 260, 270; Markovits 2004: 221; Holz 2005: 95, 83; Rensmann 2006: 33; Faber/Schoeps/Stawski 2006: 13; Schwarz-Friesel/Reinharz 2013: 194ff.; Salzborn 2018: 139f.; Schwarz-Friesel 2019: 12, 83, 92; Herf 2019: 23.

⁶ Vgl. Schwarz-Friesel 2019: 12; Bernstein 2018: 244, 338.

⁷ Vgl. Holz 2005: 80; Levy 2005: 26; Wistrich 2011: 8; Salzborn 2013: 5; Salzborn 2018: 144f.; Marcus 2015b: 257.

⁸ Vgl. Marcus 2015b: 257.

⁹ Vgl. Bergmann/Erb 1991: 193f.

¹⁰ Vgl. Kaplan/Small 2006: 553ff.

¹¹ Zick/Küpper 2007: 18. Vgl. Heyder/Iser/Schmidt 2005: 155ff.; Küpper/Zick 2011: 199.

¹² Vgl. Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus 2017: 63ff.

Meinungsumfragen von 2018 und 2019 stimmen bis zu 35 Prozent der Befragten israelbezogenem Antisemitismus zu.¹³ Eine Studie der *European Union Agency for Fundamental Rights* von 2019 fragt nach der Wirkung von israelbezogenem Antisemitismus auf Jüdinnen*Juden. Mehr als 90 Prozent der jungen Jüdinnen*Juden in den europäischen Staaten geben an, dass sich der Israel-Palästina-Konflikt auf ihr Sicherheitsgefühl auswirkt.¹⁴

Für die theoretische und analytische Charakterisierung des israelbezogenen oder antizionistischen Antisemitismus ist relevant, dass er (klassische) antisemitische Stereotype implizit oder explizit auf Israel projiziert.¹⁵ ‚Israel‘ dient als Chiffre oder Symbol für Jüdinnen*Juden oder jüdisches Leben und bezieht sich häufig nicht auf die konkrete Politik, das Regierungshandeln oder staatliche Institutionen. Somit lässt sich schlussfolgern, dass sich in dieser Erscheinungsform des Antisemitismus die Feindschaft gegen ‚die Juden‘ auf den Staat Israel,¹⁶ verstanden als jüdisches Kollektiv, oder die Idee des Zionismus verlagert.¹⁷ Der so transformierte Antisemitismus argumentiert häufig mit Werten wie Menschenrechten oder internationalem Recht. Dies ermöglicht, israelbezogenen Antisemitismus im öffentlichen Raum wenig sanktioniert zu kommunizieren.¹⁸ Für diese Erscheinungsform sind besonders drei Aspekte charakteristisch: Das Existenzrecht des jüdischen Staates oder dessen Selbstverteidigungsrecht (wie es im Völkerrecht verankert ist) werden infrage gestellt oder gänzlich abgelehnt, es finden Vergleiche mit dem Nationalsozialismus statt, durch die der israelische Staat dehumanisiert und existenziell delegitimiert wird, und Jüdinnen*Juden, gleich welcher Staatsangehörigkeit, bekommen generalisierend die Verantwortung für eine als illegitim bewertete israelische Politik zugeschrieben.¹⁹ Wenn bspw. deutsche Jüdinnen*Juden aufgefordert werden, sich für die Politik Israels zu rechtfertigen oder gar dafür angegriffen werden, handelt es sich um Antisemitismus.

Um israelbezogenen Antisemitismus einfach erkennen zu können, greifen Forschende und zivilgesellschaftliche Akteur*innen sehr häufig auf den sogenannten 3D-Test zurück.²⁰ Mit den

¹³ Vgl. Decker/Kiess/Brähler 2018: 197; Zick/Berghan/Mokros 2019: 70f.

¹⁴ In der Studie heißt es zudem: „Four in five say that people in their countries accuse or blame them for anything done by the Israeli government, at least occasionally; for a quarter of young Jewish Europeans, this happens ‘all the time’. This is a phenomenon affecting Jews of all ages, but again, younger Jews are found to be most likely to experience it“ (*FRA* 2019: 8).

¹⁵ Vgl. Schwarz-Friesel 2019: 12, 91; Wistrich 2011: 8ff.

¹⁶ Cary Nelson weist darauf hin, dass sich auch die Feindschaft gegenüber Israel wiederum auf Jüdinnen*Juden im Allgemeinen erstrecken kann (2018: 191).

¹⁷ Vgl. Kreis 2005: 18; Holz 2005: 97; Schmidt 2010: 15; Schwarz-Friesel/Reinharz 2013: 194ff.; Kistenmacher 2013: 592f.; Salzborn 2018: 145; Bernstein 2018: 125.

¹⁸ Vgl. Sacks 2016: 3; Bernstein 2018: 123.

¹⁹ Vgl. Schwarz-Friesel 2019: 89; Bernstein 2018: 123f.; Marcus 2015a: 211; Salzborn 2013: 10; Schmidt 2010: 17f.; Scherr/Schäuble 2007: 60; Holz 2005: 98; IHRA 2016.

²⁰ Vgl. Salzborn 2018: 144ff.; Marcus 2015a: 155ff., 249; Bernstein 2018: 124; Bernstein 2020: 239f.; Kloke 2020; Kistenmacher 2018: 12; Pfahl-Traughber 2020: 62.

drei Ds ist gemeint, Israel zu dämonisieren, zu delegitimieren und doppelte Standards anzulegen.²¹ Zumindest zwei Ds (Dämonisierung und doppelte Standards) flossen in die veranschaulichenden Beispiele zur „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der *IHRA* ein.²² Zwar sind die 3Ds eine nützliche Orientierungshilfe, zugleich aber nur eine „Minimaldefinition“,²³ die einer weiteren (wissenschaftlichen) Präzisierung und theoretisierenden Vertiefung bedarf.²⁴

Die Auseinandersetzung darüber, wo israelbezogener Antisemitismus genau beginnt, spielt auch in Kontroversen um *BDS* eine zentrale Rolle.

2. Geschichte und Ideologie von *BDS*

Der Gründungskontext

Als Ausgangspunkt von *BDS* gilt vielen Beobachter*innen die Weltkonferenz gegen Rassismus der Vereinten Nationen, die 2001 in Durban/Südafrika stattfand.²⁵ Dort charakterisierte das NGO-Forum Israel als rassistischen Apartheidstaat, der isoliert werden müsse.²⁶ Anzumerken ist, dass eine solche Argumentation in den Vereinten Nationen schon zuvor vertreten wurde.²⁷ Bereits eine Resolution von 1975 verurteilte Zionismus als „eine Form des Rassismus und der rassistischen Diskriminierung“ und attestierte dem israelischen Staat, der durch die zionistische Idee mit hervorgebracht wurde, „keinerlei moralische Legitimierung“.²⁸ Dieser „Dämonisierungsdiskurs“ hinterließ u.a. in linken und menschenrechtsorientierten Bewegungen „unauslöschliche Spuren“,²⁹ die auch die Gründung von *BDS* beeinflussten. 2002 kam es in Großbritannien und den USA zu Petitionen und Boykottaufrufen gegen israelische Institutionen, die die gegenwärtige transnationale Boykottkampagne und Bewegung einleiteten.³⁰ 2005, kurz nachdem die zweite Intifada endete, gründete sich *BDS* mit einem Aufruf, den mehr als 170

²¹ Sharansky 2004.

²² Die Definition stammt von der *International Holocaust Remembrance Alliance* und wurde von der deutschen Bundesregierung und dem Bundestag 2017 offiziell übernommen. Es handelt sich um eine Arbeitsdefinition, weil sie besonders für den praktischen Gebrauch entwickelt wurde, kurz ist und weniger eine akademische oder theoretische Klärung anstrebt, sondern ein praktisches Hilfsmittel sein will. Hervorzuheben ist, dass die Arbeitsdefinition von vielen Antisemitismusforscher*innen begrüßt wird (vgl. Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus 2017: 24; Lange/Muzicant/Porat/Schiffman/Weitzman 2018: 25ff.).

²³ Salzborn 2013: 10. Vgl. Salzborn 2018: 144ff.; Marcus 2015b: 249; Bernstein 2018: 124; Bernstein 2020: 239f.; Kloke 2020.

²⁴ Vgl. Schwarz-Friesel 2019: 91; Marcus 2015a: 155.

²⁵ Vgl. Nelson 2015: 13; Marcus 2015a: 204; Pessin/Ben-Atar 2018: 8; Feuerherdt 2016: 8; Kloke 2020.

²⁶ Vgl. Hirsh 2007: 88f.

²⁷ Vgl. Klug 2019: 357f.; Cohen 2007: 7f.

²⁸ Herf 2019: 22. Im Englischen heißt es „Zionism is a form of racism and racial discrimination“ (Resolution 3379).

²⁹ Klug 2019: 359. Vgl. Feuerherdt/Markl 2018: 177ff.

³⁰ Vgl. Nelson 2015: 13; Collins 2016: 69f. Mit einem von den britischen Akademiker*innen Steven und Hilary Rose initiierten Aufruf begann die Kampagne für einen akademischen und kulturellen Boykott Israels in Europa. In dem Aufruf forderten die mehr als 700 Akademiker*innen, den israelischen Staat in Forschungsoperationen nicht weiter als europäisch zu betrachten und die Kooperationen zwischen europäischen und israelischen Forschungseinrichtungen und Universitäten auszusetzen (vgl. Hirsh 2018: 98).

Vereinigungen, Zusammenschlüsse und Organisationen unterzeichneten, die sich als palästinensische Zivilgesellschaft darstellten. Dies betonen *BDS*-Unterstützer*innen häufig, um der Bewegung Legitimität zu verleihen. Aufgrund der vorherigen britischen und amerikanischen Petitionen und Boykottaufrufe wird dieser rein palästinensische Hintergrund jedoch begründet angezweifelt.³¹ Seit 2009 tritt *BDS* auch vermehrt in Deutschland in Erscheinung.³²

Über die Forderungen und Ziele von *BDS* beziehungsweise die Ideologie sowie zentrale Handlungsfelder und Aktionsformen geben drei Originaltexte Auskunft, die hier zum besseren Verständnis herangezogen werden. Dabei handelt es sich um das Gründungsdokument, den Aufruf „Schließt Euch der *BDS*-Bewegung an!“ sowie das Buch „Boycott – Desinvestment – Sanktionen“ von Omar Barghouti, einem Mitbegründer von *BDS*,³³ auf den sich viele Aktivist*innen positiv beziehen.

Forderungen und Ziele im Gründungsaufruf

Im Gründungsdokument von 2005 ruft *BDS* internationale Organisationen, „alle rechtschaffenen Menschen auf der ganzen Welt“ und „gewissenhafte Israelis“³⁴ dazu auf, Israel zu isolieren und zu boykottieren. Ferner sollten Investitionen entzogen und Sanktionen sowie Embargos verhängt werden, da sich Israel nicht an internationales Recht halte und die Menschenrechte missachte. *BDS* wirft Israel vor, eine „koloniale und diskriminierende Politik“³⁵ zu betreiben und allein für den Israel-Palästina-Konflikt verantwortlich zu sein. Die „gewaltlosen Strafmaßnahmen“ müssten so lange aufrechterhalten werden, bis erstens das Ende der Besetzung „allen arabischen Landes“ beendet und „die Mauer“ abgerissen worden sei, zweitens gleiche Rechte für arabisch-palästinensische Bürger*innen gälten und drittens die Rückkehr und Entschädigung aller palästinensischen Flüchtlinge realisiert sei.³⁶

Der kurze und größtenteils ungenau formulierte Gründungsaufruf lässt einen breiten Interpretationsspielraum zu.³⁷ Er ist dadurch sowohl für radikale als auch weniger radikale Akteur*innen und Forderungen anschlussfähig. Unklar bleibt etwa bei der ersten Forderung, um welche Gebiete „arabischen Landes“ es *BDS* geht. Ob es sich um die Westbank, Ost-Jerusalem und die syrischen Golanhöhen oder auch weitere Territorien innerhalb der Grenzen Israels handelt,

³¹ Vgl. Hirsh 2018: 101; Biskamp 2018: 3; Salzborn 2018: 151; Markl 2017. Außerdem kritisieren sie, dass nicht nur zivilgesellschaftliche, sondern auch terroristische Gruppen den Gründungsaufruf unterzeichneten sowie *BDS* nicht die gesamte palästinensische Zivilgesellschaft repräsentiert, da nicht alle einen Boykott befürworten.

³² Vgl. Mohr 2016: 12.

³³ Vgl. *BDS* 2017b.

³⁴ *BDS* 2005.

³⁵ Ebd.

³⁶ Ebd.; vgl. *BDS* 2020.

³⁷ Vgl. Brumlik 2013; Mohr/Riebe 2017: 22f.

bleibt offen.³⁸ Die Forderung kann auch so interpretiert werden, dass der israelische Staat mit jüdischem Selbstverständnis im Nahen Osten ein Ende finden soll. Dies verdeutlicht etwa die Parole „From the River to the Sea, Palestine will be Free“, auf die sich einige *BDS*-Aktivist*innen positiv beziehen und die das gesamte Gebiet zwischen Jordan und Mittelmeer meint.³⁹ Die Parole beinhaltet das Ziel, *anstelle* Israels einen Staat Palästina zu etablieren, was einen Angriff auf die Existenz des jüdischen Staates bedeutet und damit als antisemitisch zu bewerten ist.⁴⁰

Bei der Forderung, „die Mauer“ einzureißen, wird der Kontext, in dem sie entstand, nicht erwähnt. Anfang der 2000er Jahre stieg im Zuge der zweiten Intifada die Zahl der bei Terroranschlägen getöteten Israelis. Die Sperranlagen, die überwiegend aus einem Zaun bestehen,⁴¹ stehen also in direktem Zusammenhang mit Selbstmordanschlägen auf israelischem Staatsgebiet, die eine alltägliche Erfahrung für viele israelische Staatsbürger*innen waren.⁴² Die Einseitigkeit der Perspektive, palästinensischen Terrorismus zu verschweigen und ausschließlich Israel zu verurteilen, das vom völkerrechtlich verankerten staatlichen Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch macht, ist im Sinne eines doppelten Standards als israelfeindlich einzustufen.⁴³

Die dritte Forderung nach einer Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge „widerspricht jeder politischen, demographischen und städtebaulichen Realität“.⁴⁴ Denn *BDS* meint nicht nur diejenigen Menschen, die 1947/48 Palästina verließen und vertrieben wurden, sondern auch deren Nachfahren, schätzungsweise fünf bis sechs Millionen Menschen, an die der Flüchtlingsstatus weitervererbt wurde, was weltweit einzigartig ist.⁴⁵ Aufgrund der damit einhergehenden demografischen Veränderungen und der unklaren praktischen Umsetzung zielt auch diese Forderung auf das Ende des israelischen Staates, da sie ein jüdisches Selbstverständnis infrage stellt, weswegen sie sich als antisemitisch bewerten lässt.⁴⁶ Auch hier bezieht sich *BDS* wieder auf internationales Recht, wobei es völkerrechtlich betrachtet jedoch kein anerkanntes „Recht auf Heimat“⁴⁷ gibt.

³⁸ Vgl. Mohr/Riebe 2017: 22f. Brumlik betont, es gehe ausschließlich um die besetzten Gebiete von 1967. Dies ist nicht zutreffend. Der originale *BDS*-Aufruf von 2005, der ins Deutsche übersetzt wurde, nennt die Jahreszahl 1967 nicht. Es zirkuliert allerdings eine weitere deutsche Übersetzung des Aufrufs, in dem sich diese Jahreszahl findet.

³⁹ Vgl. Brahm/Romirowsky 2015: 80; Embacher/Edtmaier/Preitschopf 2019: 16; *AAS* 2019; Nelson 2019: 9f.; *JFDA* 2019.

⁴⁰ Vgl. Leemhuis 2018: 7; Nelson 2018: 190; Salzborn 2013: 12.

⁴¹ Vgl. Sahm 2019; Salzborn 2013: 13.

⁴² Schneider 2018.

⁴³ Vgl. Salzborn 2013: 10; Marcus 2015a: 211; Lange/Muzicant/Porat/Schiffman/Weitzman 2018: 131; Globisch 2013: 242.

⁴⁴ Brumlik 2013.

⁴⁵ Vgl. Feuerherdt/Markl 2018: 239ff.

⁴⁶ Vgl. Salzborn 2013: 12; Mohr/Riebe 2017: 23; Biskamp 2018: 6; Uhlig 2020: 72f.

⁴⁷ Brumlik 2013.

Handlungsfelder und Aktionsformen

In dem Aufruf „Schließt Euch der *BDS*-Bewegung an!“ von 2014 ruft *BDS* zum Boykott „*aller israelischen Produkte*“ auf und betont, dass „Israel akademisch, kulturell, wirtschaftlich und militärisch“⁴⁸ isoliert werden solle. Beim Boykott geht es *BDS* darum, möglichst alle israelischen Staatsbürger*innen zu treffen und unter Druck zu setzen, wobei es keine Differenzierung bezüglich der individuellen Einstellung oder auch Beteiligung am kritisierten staatlichen Handeln gibt.⁴⁹ Dies zeigt etwa ein Vorfall von 2014, bei dem die israelische jüdische Journalistin Amira Hass von einer internationalen Konferenz an der Birzeit University, die in der Westbank liegt, ausgeschlossen wurde,⁵⁰ obwohl sie als Israelin fordert, „schmerzvolle Sanktionen“⁵¹ gegen Israel zu verhängen. Weil öffentlich schwer zu vermitteln ist, einzelne israelische Bürger*innen verantwortlich zu machen, greift *BDS* bspw. in großen Kampagnen besonders israelische Unternehmen heraus, die – aus seiner Perspektive – „die verbrecherische Politik Israels mittragen“.⁵² *BDS* propagiert einen solchen Fokus als Strategie, da es so leichter sei, „breite Unterstützung für Kampagnen gegen Unternehmen zu mobilisieren, die sehr offensichtlich an israelischen Völkerrechtsverletzungen beteiligt sind“.⁵³

Der ideologische Hintergrund von *Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen*

Die deutschsprachige Antisemitismusforschung hat die umfangreichen Veröffentlichungen von Omar Barghouti bisher kaum wahrgenommen und analysiert. Dabei ist er einer der international prominentesten *BDS*-Aktivisten, der sowohl die Kampagne und Bewegung konzeptuell stark beeinflusst als auch die Forderungen und Ziele des Aufrufes ausformuliert hat. In seinem 2011 auf Englisch veröffentlichten Buch „*Boycott, Divestment, Sanctions: The Global Struggle for Palestinian Rights*“, das 2012 in deutscher Übersetzung erschien, legt Barghouti seine Weltanschauung dar. Über weite Strecken deklariert er darin den Kampf gegen Israel als einen „gegen Ungerechtigkeit, Rassismus, Armut, Umweltzerstörung, Gender-Diskriminierung und andere gesellschaftliche und wirtschaftliche Missstände“,⁵⁴ wodurch *BDS* für soziale Bewegungen anschlussfähig und unterstützenswert wird.

⁴⁸ *BDS* 2014, Hervorhebung D.I.

⁴⁹ Für die Koordination des akademischen und kulturellen Boykotts ist *PACBI (The Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel)* zuständig. *PACBI* ist Gründungsmitglied des palästinensischen *BDS-Nationalkomitees* (siehe Ausführungen unter Punkt 3).

⁵⁰ Vgl. Hermann 2014.

⁵¹ Hass 2017.

⁵² *BDS* 2014.

⁵³ Ebd.

⁵⁴ Barghouti 2012: 57.

Doch das Buch verbreitet ein weiteres Narrativ, das Israel stets allein für die gegenwärtige Situation der Palästinenser*innen oder den friedenspolitischen Stillstand verantwortlich macht und palästinensische Akteur*innen wie etwa die *Hamas* ausklammert. Barghouti wirft dem „ausschließenden, ethnokratischen und siedlerkolonialistischen Staat“⁵⁵ Kriegsverbrechen, einen „allmähliche[n] Genozid“⁵⁶ an den Palästinenser*innen, „ethnische Säuberungen“⁵⁷ sowie die permanente Verletzung der Menschenrechte und des internationalen Rechts vor. Israel sei kein ‚echter‘ demokratischer Staat und dies auch nie gewesen. Die Palästinenser*innen würden von Israel „in Ghettos“ gesperrt und „ihrer Lebensgrundlagen“ beraubt.⁵⁸ Zwar sei Israel „nicht der schlimmste Gewaltverbrecher auf der Welt“,⁵⁹ dennoch müsse es „von dem hohen Podest“⁶⁰ heruntergestoßen werden und die „Kultur der Straflosigkeit“⁶¹ beendet werden. Barghoutis Ansatz unterscheidet sich damit von der Politik der *Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO*, die zum Zeitpunkt des Gründungsaufrufs auf eine Zweistaatenlösung und Verhandlungen mit Israel ausgerichtet war.⁶² Die neue Phase und Strategie des globalen „Graswurzelwiderstands“⁶³ gegen „Israels Besatzungs-, Enteignungs- und Apartheidsregime“⁶⁴ müsse auf politischer, wirtschaftlicher, beruflicher, akademischer, kultureller und sportlicher Ebene stattfinden. Die Konstruktion zweier entgegengesetzter und homogener Kollektive, zwischen denen es keinerlei soziale, berufliche, ökonomische oder kulturelle Überschneidungen gibt, ist in der Argumentation zentral. Auf der einen Seite verortet Barghouti die (jüdische) israelische Bevölkerung, Israel als „Unterdrückungsregime“⁶⁵ oder „die Israel-Lobby“⁶⁶, auf der anderen „fast die gesamte palästinensische Bevölkerung“⁶⁷ vor Ort und im Exil. Arabische Israelis und arabische Jüdinnen*Juden klammert er weitgehend aus. Die klare Schwarz-Weiß-Argumentation übersieht dabei die Komplexität des Israel-Palästina-Konflikts und die soziale Wirklichkeit vor Ort (etwa die Selbstidentifikation von arabischen Israelis als israelisch, gemeinsame Schulen, Zusammenleben in Wohnvierteln und Kooperation im Arbeitskontext). Verbunden mit der Zwei-

⁵⁵ Ebd.: 50.

⁵⁶ Ebd.: 60.

⁵⁷ Ebd.: 145.

⁵⁸ Ebd.: 56f.

⁵⁹ Ebd.: 191.

⁶⁰ Ebd.: 191.

⁶¹ Ebd.: 42.

⁶² Thrall 2018.

⁶³ Barghouti 2012: 57.

⁶⁴ Ebd.: 59.

⁶⁵ Ebd.: 21.

⁶⁶ Ebd.: 15.

⁶⁷ Ebd.: 12.

teilung ist ein klares Gut und Böse, ein unübersehbares Freund-Feind-Schema, das eine eindeutige Täter-Opfer-Konstruktion beinhaltet.⁶⁸ Die Täter sind immer Teil „Israels“: Israelische Soldaten provozierten Barghouti zufolge palästinensische Kinder, „um dann auf sie zu schießen“⁶⁹ oder Israel befördere den Anstieg der Krebserkrankungen in der palästinensischen Bevölkerung und verschmutze absichtlich die Umwelt.⁷⁰ Dadurch, dass die Mehrheit der israelischen Bevölkerung in der Armee gedient habe, sei sie direkt verstrickt in die koloniale Besatzungspolitik.⁷¹ Auf die komplexe Situation im Nahen Osten werden unkritisch eindeutige koloniale Herrschaftsverhältnisse übertragen. Dies zeigt sich etwa an einer Aktion von *BDS Berlin*, die 2017 unter dem Motto „100 Years of Settler-Colonialism“ vor der *Internationalen Tourismus-Börse* stattfand. Die Zeitspanne bezieht sich auf die 1917 abgegebene Balfour-Deklaration, die Jüdinnen*Juden im damaligen britischen Mandatsgebiet eine nationale Heimstätte in Aussicht stellte.⁷² In diesem Zusammenhang spielt auch eine bestimmte Variante des antiimperialistischen Weltbildes eine große Rolle, das sowohl *BDS* als auch viele linke Gruppen prägt.⁷³

Barghouti strebt eine neue geografische und politische Ordnung in Israel/Palästina an. Er weist die Idee eines jüdisch-israelischen Anspruchs auf nationale Selbstbestimmung im Nahen Osten zurück und lehnt eine Zweistaatenlösung und einen binationalen Staat „ganz und gar“⁷⁴ ab. Stattdessen fordert er einen Staat *ohne* jüdisch-israelische Identität auf dem gesamten Gebiet und strebt einen ausschließlich palästinensischen Staat an,⁷⁵ der *alle* Palästinenser*innen (auch die im Exil)⁷⁶ und nicht nur das „einheimische palästinensische Volk“⁷⁷ vereinen soll. Insbesondere in den USA machen Forschende anhand solcher Äußerungen von Barghouti deutlich, dass *BDS* von der Ausrichtung her antisemitisch ist, weil es den jüdischen Staat vollständig abschaffen will.⁷⁸

Perspektiven der Antisemitismusforschung auf *BDS*

Bei den meisten deutschsprachigen Veröffentlichungen zu *BDS* handelt es sich um kurze Beiträge und Handreichungen von Akteur*innen, die an der Schnittstelle von Wissenschaft und

⁶⁸ Vgl. Globisch 2013: 309.

⁶⁹ Barghouti 2012: 63.

⁷⁰ Ebd.: 66f.

⁷¹ Vgl. ebd.: 74.

⁷² Vgl. Mohr/Riebe 2017: 23; Salzborn 2013: 11.

⁷³ Vgl. Globisch 2013: 311; Salzborn 2019: 39ff.; Uhlig 2020: 72.

⁷⁴ Barghouti 2012: 151.

⁷⁵ Vgl. Pessin/Ben-Atar 2018: 11; Budick 2015: 97f.; Nelson 2019: 19; Jewishvirtuallibrary o.J.

⁷⁶ Vgl. Barghouti 2012: 152f., 12.

⁷⁷ Ebd.: 192.

⁷⁸ Vgl. Pessin/Ben-Atar 2018: 10f.; Brahm/Romirowsky 2015: 81; Nelson 2018: 208; *IIBSA* 2020: 12.

Zivilgesellschaft arbeiten.⁷⁹ Umfangreichere Studien, die etwa systematisch Veröffentlichungen, Aktionen und Strategien von *BDS* in Deutschland analysieren, stehen bisher aus. Hervorzuheben ist, dass der Großteil der Antisemitismusforscher*innen in Deutschland in Analysen zum gegenwärtigen Antisemitismus nicht auf *BDS* eingeht und so eine Beurteilung bislang kaum stattgefunden hat. In Deutschland existiert bislang nur wenig wissenschaftliche Forschungsliteratur zu *BDS* und zur Frage, inwiefern *BDS* antisemitisch ist.

Zur Charakterisierung von *BDS* wird meist der kurze Gründungsaufruf herangezogen.⁸⁰ Der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn argumentiert, *BDS* sei der „Intention nach antisemitisch“,⁸¹ und macht dies besonders an den Kernforderungen und Zielen der Bewegung, der NS-Analogie der Boykottforderung und der „Kollektivierung von Juden, die für die Politik Israels in Regress genommen werden“,⁸² fest. Die Kernforderungen bedeuteten die faktische Vernichtung des israelischen Staates, auch weil Jüdinnen*Juden demografisch zu einer Minderheit würden. Hinzu komme, dass *BDS* (jüdische) Individuen bekämpfe, um auf diesem Weg den jüdischen Staat zu treffen.⁸³

Auch die Linguistin Monika Schwarz-Friesel betont, *BDS* dämonisiere Israel und ziele letztendlich auf die Zerstörung des jüdischen Nationalstaates. Ihr zufolge zeichnen sich Bilder und Texte von *BDS* „durch zahlreiche Merkmale von Antisemitismen“⁸⁴ aus. Generell würden Israelis von Antisemit*innen zum ultimativ Anderen/Schlechten gemacht, „[g]anz gleich, was Juden und/oder Israelis tun oder nicht tun“.⁸⁵ Mit Blick auf die deutsche Öffentlichkeit fokussiert Schwarz-Friesel besonders die Leugnungs- und Rechtfertigungsstrategien. Die Behauptung, aufgrund der deutschen Geschichte gebe es ein Tabu, Israel und Jüdinnen*Juden zu kritisieren, habe an Dynamik gewonnen.⁸⁶ Auch die Aussage, Antisemitismusvorwürfe würden inflationär gebraucht, sei zu einem „integrale[n] Bestandteil des antisemitischen Diskurses“⁸⁷ geworden. Derartige Leugnungs- und Rechtfertigungsstrategien kommen auch bei vielen *BDS*-

⁷⁹ Siehe hierzu die Handreichungen der *Deutsch-Israelischen Gesellschaft* von 2016, des *American Jewish Committee Berlin* (Leemhuis 2018), des *Internationalen Instituts für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung* von 2018 und 2020 sowie der *Bildungsstätte Anne Frank* (ohne Jahr).

⁸⁰ Vgl. Salzborn 2013: 11ff.; Kloke 2020; Marcus 2015a: 203; Brahm/Romirowsky 2015: 80f.; *Deutsch-Israelische Gesellschaft* 2016: 4; Leemhuis 2018: 7f; *IIBSA* 2018: 6f; *IIBSA* 2020: 11; *Bildungsstätte Anne Frank* o.J.: 2.

⁸¹ Salzborn 2013: 12.

⁸² Ebd.: 13.

⁸³ Vgl. ebd.

⁸⁴ Schwarz-Friesel 2019: 85.

⁸⁵ Ebd.: 118.

⁸⁶ Vgl. ebd.: 135.

⁸⁷ Ebd.: 137.

Aktivist*innen vor, wenn sie pauschal bestreiten, dass es israelbezogenen Antisemitismus gibt⁸⁸ oder die *IHRA*-Arbeitsdefinition ablehnen.⁸⁹

Unter Rückgriff auf den 3D-Test kommen viele Antisemitismusforscher*innen und *BDS*-Kritiker*innen zu dem Ergebnis, *BDS* ziele darauf ab, die staatliche Existenz Israels aufzulösen.⁹⁰ Sowohl die Argumentationsmuster der *BDS*-Bewegung als auch die Praxis des Boykotts klassifizieren sie als antisemitisch, da jüdisch-israelische Staatsbürger*innen in Gänze gebrandmarkt würden. Einige Forscher*innen weisen jedoch darauf hin, dass zwar die „*BDS*-Kampagne als ganze antisemitisch ist, ihre Unterstützer_innen aber nicht pauschal als Antisemit_innen gelten können“.⁹¹

Insbesondere der Historiker Wolfgang Benz betont, *BDS* könne nicht einfach „als antisemitisch ab[ge]stempelt“⁹² werden, wobei er sich weder mit bisherigen Forschungen zu *BDS* auseinandersetzt noch Belege für seine Argumentation liefert. Der Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik kritisiert, wie schnell Debatten um Israel und das Judentum eskalieren. Schon *BDS* nahezustehen reiche aus, um im öffentlichen Diskurs ausgegrenzt zu werden.⁹³ Diese Diskurskonstellation beschreibt er als „neue[n] McCarthyismus“,⁹⁴ ein Vergleich, den auch *BDS*-Aktivist*innen heranziehen, wie etwa 2017 Barghouti.⁹⁵

Andere Antisemitismusforscher*innen betonen, dass es weniger um die Frage gehe, ob *BDS*-Unterstützer*innen antisemitisch sind, sondern mehr, inwiefern historische antisemitische Motive die Argumentationen von *BDS* beeinflusst haben, auch wenn die Unterstützer*innen sich dessen nicht bewusst sind.⁹⁶ Neben der Analyse, was *BDS*-Aktivist*innen sagen oder tun, müsse besonders das antisemitische Resultat des „singling out Israel, the Jewish state“⁹⁷ in den Blick genommen werden.

⁸⁸ Vgl. Marcus 2015a: 210f.; *BDS* 2012.

⁸⁹ Vgl. *BDS* 2017c; *BDS* 2017a.

⁹⁰ Vgl. Kloke 2020; Marcus 2015a: 155, 202f.; Scheit/Schaden 2015; Deutscher Bundestag 2019a: 2; Salzborn 2013: 10; Salzborn 2018: 144; Schwarz-Friesel 2019: 91; Brahm/Romirowsky 2015: 80; Bernstein 2018: 123; *AAS* 2016: 13; *IHRA* 2016; *Bildungsstätte Anne Frank* o.J.

⁹¹ Biskamp 2018: 8. Vgl. Marcus 2015a: 213f.

⁹² Benz 2019a; Benz 2019b.

⁹³ Vgl. Brumlik 2019: 13ff.

⁹⁴ Ebd.: 14. Mit diesem Begriff wird eigentlich die Verfolgung von linken Intellektuellen und Kommunist*innen in den USA der 1950er Jahre bezeichnet.

⁹⁵ Vgl. Barghouti 2017.

⁹⁶ Vgl. Nelson 2015: 24; Marcus 2015a: 207f.; Collins 2016: 74.

⁹⁷ Feldman 2019: 16. „Singling out“ kann als auswählen, herausgreifen oder eine Sonderbehandlung zukommen lassen, übersetzt werden. Siehe hierzu auch Hirsh 2018: 118; Lange/Musicant/Porat/Schiffman/Weitzman 2018: 131f.

Die politische Praxis des Boykotts

Neben den Kernforderungen rückt auch die Praxis des Boykotts immer wieder in den Fokus der Kritik. Undifferenzierte Boykotte gegenüber israelischen Künstler*innen und Wissenschaftler*innen sowie israelischen Waren stehen in der historischen Kontinuität antisemitischer Diskurse und Praktiken, die u.a. darauf zielen, Jüdinnen*Juden auszugrenzen und zu isolieren. Sie können nicht von (christlichen) antijüdischen Boykotten in Europa⁹⁸ und solchen, die vom palästinensisch-arabischen Kongress und der Arabischen Liga praktiziert wurden, losgelöst betrachtet werden.⁹⁹ Die politische Handlungsform des Boykotts¹⁰⁰ nehmen viele Forschende und Journalist*innen in Deutschland im Kontext der nationalsozialistischen Boykottpraxis mit ihrer Parole „Kauft nicht beim Juden“¹⁰¹ wahr. Dieser Sinnzusammenhang lässt sich in der postnationalsozialistischen deutschen Gesellschaft nicht ignorieren, weswegen Boykotte, die sich gegen den jüdischen Staat richten, in ihrer spezifischen Bedeutung belastet sind.¹⁰²

Allerdings hat der britische Historiker David Feldman argumentiert, die Handlungsform des politischen Boykotts sei keine Erfindung des europäischen Antisemitismus, sondern historisch sehr divers genutzt worden und habe sich gegen die unterschiedlichsten Akteur*innen gerichtet.¹⁰³ Es gebe gewichtige Unterschiede zwischen den nationalsozialistischen und den gegenwärtigen *BDS*-Boykotten. Die Boykotte des Nationalsozialismus seien vom Staat und der NSDAP und nicht von der Zivilgesellschaft ausgegangen. Zudem richteten sich Boykotte im späten 19. und 20. Jahrhundert gegen Jüdinnen*Juden und Orte, an denen sie eine verletzte Minderheitengruppe waren, wohingegen sich *BDS* gegen einen Staat wende, in dem Jüdinnen*Juden in der Mehrheit seien und Macht besäßen.¹⁰⁴ Insbesondere der Einwand, Boykotte im Nationalsozialismus seien vom Staat ausgegangen, muss jedoch abgeschwächt werden, wie die Historikerin Hannah Ahlheim in ihren Forschungen zu antijüdischen Boykotten im Nationalsozialismus zeigt. Viele Boykotte seien „von unten“¹⁰⁵ organisiert und durchgeführt worden und hätten somit eine aktive Praxis der ‚Vielen‘ dargestellt.

In Deutschland möchten nach den nationalsozialistischen Boykotten und der Shoah die wenigsten Menschen mit Antisemitismus in Verbindung gebracht werden. Diesen Umstand reflektiert

⁹⁸ Vgl. Hirsh 2018: 95ff.; Marcus 2015a: 206f.

⁹⁹ Vgl. Becker 2016: 18f.

¹⁰⁰ Vgl. Ahlheim 2018: 23; Ahlheim 2010: 152.

¹⁰¹ Vgl. Hirsh 2007: 69; Brumlik 2013; Feuerherdt 2016: 8; Salzborn 2018: 152; Kloke 2020; Mohr 2016: 12; Leemhuis 2018: 4; *IIBSA* 2020: 8.

¹⁰² Vgl. Brumlik 2013.

¹⁰³ Vgl. Feldman 2019: 2ff.

¹⁰⁴ Vgl. ebd.: 18.

¹⁰⁵ Ahlheim 2018: 29.

auch *BDS*, sodass eine Broschüre von 2010 formuliert, viele Deutsche hielten Boykotte „im Kontext der deutschen Geschichte“¹⁰⁶ für ungeeignet. Diejenigen, so betont *BDS*, die eine Kampagne in Deutschland organisieren, „spielen daher das Wort ‚Boykott‘ eher herunter“.¹⁰⁷

Vielfach betont *BDS*, dass es nicht um den Boykott Einzelner gehe.¹⁰⁸ Faktisch richten sich die Handlungen von *BDS* jedoch nicht nur abstrakt gegen die staatlichen Institutionen Israels, sondern immer wieder auch gegen Individuen, da sie vermeintliche Kompliz*innen der Politik Israels seien.¹⁰⁹ Hier zeigt sich, dass entgegen anderslautender Versicherung *BDS* sehr wohl Einzelpersonen angeht und damit antisemitisch agiert. Denn der Boykott etwa auf wissenschaftlicher oder kultureller Ebene trifft in der Praxis ganz konkret Jüdinnen*Juden israelischer oder anderer Staatsangehörigkeit, die noch nicht einmal prozionistisch und proisraelisch sein müssen. Sie werden kollektiv für Handlungen der israelischen Regierung oder des Militärs in Haftung genommen, ausgeschlossen und isoliert. Es handelt sich quasi um „Mikro-Boykotte“.¹¹⁰

Dies prägt auch die Wahrnehmung von Jüdinnen*Juden. Für viele Jüdinnen*Juden in Deutschland ist es antisemitisch, wenn nichtjüdische Personen den Boykott israelischer Produkte unterstützen.¹¹¹ Diese Wahrnehmung zeigt sich auch in Studien der *European Union Agency for Fundamental Rights*. 2018 geben 82 Prozent der 16.395 befragten Jüdinnen*Juden aus zwölf europäischen Staaten an, es sei antisemitisch, wenn Israel oder Israelis boykottiert werden.¹¹² Schon in der vorangegangenen Studie von 2014 hatte dies die Mehrheit der 5.847 befragten Jüdinnen*Juden aus acht europäischen Mitgliedsstaaten so gesehen.¹¹³ Ob es sich um Antisemitismus oder Antizionismus handelt, macht jedoch in der Konsequenz der Diskriminierungs- und Gewalterfahrung keinen Unterschied.¹¹⁴

3. Boykottkampagnen und *BDS* in Deutschland

Bereits vor *BDS* und auch parallel dazu gab und gibt es in Deutschland unterschiedliche Boykottkampagnen, Aufrufe und Aktionen mit Bezug zum Israel-Palästina-Konflikt, die allerdings

¹⁰⁶ *BDS* 2010.

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ „The BDS movement does not boycott or campaign against any individual or group simply because they are Israeli“ (*BDS* 2013).

¹⁰⁹ Vgl. Nelson 2019: 25ff.; Hirsh 2018: 108; Collins 2016: 70ff.

¹¹⁰ Nelson 2019: 25.

¹¹¹ Vgl. Zick/Hövermann/Jensen/Bernstein 2017: 16.

¹¹² Vgl. *FRA* 2018: 29. Siehe hierzu auch die Ergebnisse der *FRA*-Studie (2019: 16).

¹¹³ Vgl. *FRA* 2014: 27.

¹¹⁴ Herf 2019: 24

weniger Aufmerksamkeit erfahren haben. Sowohl die Akteur*innen als auch die Argumentationen und Ziele sind heterogen und nicht unbedingt deckungsgleich mit denen der *BDS*-Bewegung.

Im Mai 2002 forderte das *Frauenetzwerk Nahost*, ein Zusammenschluss „kirchlich engagierte[r] Frauen in Deutschland“, dazu auf, „keine aus Israel eingeführten Produkte [zu] kaufen“,¹¹⁵ und organisierte mehrere Postkarten- und Briefaktionen.¹¹⁶ Auch das seit 1999 existierende Internetportal *Muslim Markt* (muslim-markt.de), das sich besonders an deutschsprachige Muslime richtet,¹¹⁷ rief zum Boykott israelischer Waren und Firmen auf, listete „israelische Produkte und Unternehmen mit Bezug zu Deutschland“¹¹⁸ und verwies auf Fatwas¹¹⁹ muslimischer Geistlicher, die zum „Boykott zionistischer Waren“¹²⁰ aufrufen. Eine eigene Erklärung betonte, dass die aufgeführten „Aufrufe [...] NICHTS mit der Religion des Judentums zu tun“¹²¹ hätten. Die katholische Organisation *pax christi* startete 2012 die Aktion „Besetzung schmeckt bitter“,¹²² bei der sich der Boykott nach eigenem Bekunden auf Produkte aus israelischen Siedlungen beschränken sollte.¹²³ Zu den Aktionsformen zählte u.a. eine „Postkartenaktion an die Bundeskanzlerin“.¹²⁴ In einer Stellungnahme von 2018 distanzierte sich die Organisation ausdrücklich von *BDS*, „da *pax christi* einen generellen Boykott Israels ablehnt“.¹²⁵ Die extrem rechte Kleinstpartei *Der III. Weg* widmete sich 2014 dem „Israel-Boykott“ und forderte, keine Produkte von Unternehmen, „welche die zionistische Raubstaatspolitik Israels aktiv unterstützen“,¹²⁶ zu kaufen. Auch die extrem rechte Partei *Die Rechte* bekundete 2019 ihre Sympathie für die *BDS*-Bewegung und wollte diese unterstützen,¹²⁷ was *BDS* jedoch umgehend zurückwies.¹²⁸ Hinzu kommen Einzelaktionen verschiedener Akteur*innen, die teils für Aufsehen sorgten, wie etwa eine Protestaktion des *Bremer Friedensforums* vor einem Supermarkt 2011,

¹¹⁵ *Frauenetzwerk Nahost* 2002.

¹¹⁶ Vgl. *Frauenetzwerk Nahost* 2017.

¹¹⁷ Vgl. *Muslim Markt* o.J.a.

¹¹⁸ *Muslim Markt* o.J.b.; *Muslim Markt* o.J.c.

¹¹⁹ Eine Fatwa ist das Rechtsgutachten eines Muftis, in dem festgestellt wird, ob eine Handlung mit den Grundsätzen des islamischen Rechts vereinbar ist.

¹²⁰ *Muslim Markt* o.J.d.

¹²¹ *Muslim Markt* o.J.e. (Hervorhebungen i. Orig.)

¹²² *Pax Christi* 2012.

¹²³ Vgl. *Pax Christi* o.J.

¹²⁴ *Pax Christi* 2014.

¹²⁵ *Pax Christi* 2018.

¹²⁶ *Der III. Weg* 2014.

¹²⁷ Vgl. *Die Rechte* 2019.

¹²⁸ Vgl. *BDS* 2019c.

die zum Boykott von Produkten aufrief.¹²⁹ Viele andere Akteur*innen in Deutschland solidarisieren sich immer wieder mit der *BDS*-Bewegung.¹³⁰

***BDS*-Gruppen und Initiativen in Deutschland**

Bisher liegt keine wissenschaftliche Publikation vor, die die bundesweiten Organisationsstrukturen, lokalen Gruppen und Aktionen von *BDS* in Deutschland oder die vielfältigen Motivationen der Unterstützer*innen betrachtet.¹³¹ Da es sich bei *BDS* um eine „Mitmachkampagne“¹³² handelt, kann *BDS* grundsätzlich von allen unterstützt werden. So räumt *BDS* selbst ein, es sei nicht auszuschließen, „dass einzelne Unterstützende von Judenhass motiviert sind“.¹³³

In der Organisationsstruktur von *BDS* steht seit 2007 das palästinensische *Nationalkomitee* an der Spitze.¹³⁴ Dem Komitee gehören verschiedene Gruppen an, darunter auch der *Council of National and Islamic Forces in Palestine*, der sich im Zuge der Zweiten Intifada gründete. Im Council sind u.a. antisemitische Terrorgruppen¹³⁵ wie der *Islamische Dschihad*, die *Hamas* und die *PFLP*, die die Zerstörung Israels zum Ziel haben,¹³⁶ organisiert. Auf der Staatenebene existieren in der Regel eigene koordinierende Zusammenschlüsse, so auch in Deutschland. Wer Teil dieses *BDS-Koordinierungsgremiums*¹³⁷ ist, bleibt jedoch unklar.

In Deutschland werden die Offline- und Online-Aktivitäten einzelner Gruppen, die *BDS* ausmachen, derzeit nahezu ausschließlich von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen beobachtet und dokumentiert (*IIBSA* betreibt ein bundesweites Monitoring, *RIAS Berlin*, *JFDA* und lokale Akteur*innen des Bundesverband *RIAS* ein lokales).¹³⁸ In ihren Einschätzungen und Analysen heißt es, die Unterstützer*innen von *BDS* seien heterogen, vorwiegend handele es sich – ver-

¹²⁹ Albrecht/Alff/Brinkmann/Hundt/Kleinert/Schartenberg 2011. Vgl. *Deutsch-Israelische Gesellschaft* 2011: 18.

¹³⁰ Hier können bspw. der *Deutsche Koordinationskreis Palästina Israel* (2019), der sich als Friedensorganisation versteht, der Verein *Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost* (2018), der sich für einen palästinensischen Staat einsetzt, die *Freunde von Sabeel Deutschland* (2019), einer christlichen befreiungstheologischen Bewegung oder die Berliner Gruppe *FOR-Palestine* (2016) genannt werden.

¹³¹ Das *Internationale Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung (IIBSA)* bereitet eine umfangreiche Veröffentlichung zu *BDS* in Deutschland vor, die im Herbst 2020 erscheinen soll (Arbeitstitel: Die antisemitische Boykottkampagne in Deutschland zwischen 2010 und 2020).

¹³² Biskamp 2018: 2.

¹³³ *Marx21* 2020.

¹³⁴ Vgl. *Palestinian BDS National Committee* o.J.; *Council of National and Islamic Forces in Palestine* 2005; Asseburg 2019: 45.

¹³⁵ Vgl. Marcus 2015a: 207; Kempinski 2019; Rosen/Leibovitz 2018. Der Rat der Europäischen Union (vgl. 2019) stuft den *Islamischen Dschihad* und die *Hamas* als Terrororganisationen ein.

¹³⁶ Vgl. Herf 2019: 26; Webman 1998: 16.

¹³⁷ *BDS* 2019d.

¹³⁸ *IIBSA* steht für das *Internationale Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung*, bei *RIAS Berlin* handelt es sich um die *Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus* und beim *JFDA* um das *Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus*. Alle drei Akteur*innen sind in Berlin verortet.

einfach gesagt – um christliche, jüdische, anti-imperialistische linke und palästinensische/ arabische Personen, die sich den Menschenrechten und dem Frieden verpflichtet fühlen.¹³⁹ Einige Beobachter*innen analysieren, in Deutschland sei *BDS* bisher weniger als in den USA oder Großbritannien eine Bewegung, vielmehr handele es sich um „wenige Aktivist*innen“,¹⁴⁰ die jedoch sehr öffentlichkeitswirksam agierten. In der Tat ist die Auflistung der Gruppen, die *BDS* in Deutschland unterstützen, mit rund dreißig noch recht übersichtlich, wobei der Einfluss von *BDS* vermutlich größer ist, als an der bloßen Zahl der unterstützenden Gruppen ablesbar.¹⁴¹ *BDS* wird als Kampagne,¹⁴² Label und Struktur¹⁴³ sowie als Bewegung¹⁴⁴ bezeichnet.

2019 und 2020 stehen auf der deutschsprachigen *BDS*-Internetseite 33 unterstützende Akteur*innen.¹⁴⁵ Darunter befinden sich sowohl lokale Gruppen und Initiativen, die *BDS* im Namen tragen, als auch weitere Internetportale, Gruppen, Organisationen und Vereine, die sich zu *BDS* bekennen und die Bewegung aktiv unterstützen. Dezierte *BDS*-Gruppen werden für Berlin, Bonn, Bremen, Nürnberg, Hamburg, Oldenburg und Wiesbaden aufgeführt.¹⁴⁶ Die Aktivitäten der Gruppen gehen weit auseinander. Während die seit 2009 existierende Gruppe in Berlin¹⁴⁷ oder auch die in Bonn¹⁴⁸ online und offline sehr aktiv sind, legt eine stichprobenartige Betrachtung von *BDS Wiesbaden* nahe, dass es sich dort vielmehr um eine aktivistische Einzelperson handelt.¹⁴⁹ Im Rahmen der internationalen Kampagnenstrategie spielen lokale Gruppen eine wichtige Rolle, da sie Anlaufpunkte für Interessierte vor Ort darstellen sollen. Nicht alle *BDS*-Zusammenhänge verfügen über eigene Internetseiten und Profile in den sozialen Medien wie Facebook und Twitter.¹⁵⁰ Die Reichweite der Profile variiert zudem stark. Während die offline äußerst aktive *BDS*-Gruppe in Bonn ihre Facebook-Seite seit 2013 gar nicht mehr aktualisiert und bei Twitter nur 42 Follower zählt, verfügt die Facebook-Seite von *BDS Berlin* über

¹³⁹ Vgl. Mohr 2017; Riebe/Mohr 2019. In der angekündigten Veröffentlichung des *IIBSA* mit dem Arbeitstitel „Die antisemitische Boykottkampagne in Deutschland zwischen 2010 und 2020“, die im Herbst 2020 erscheinen soll, werden Verbindungen zwischen *BDS* und Terrorgruppen wie *Hamas* und *PFLP* nachgezeichnet, wodurch die gewaltvolle Dimension deutlich wird.

¹⁴⁰ AAS 2019. Siehe hierzu auch: Riebe/Mohr 2019; *RIAS* 2017: 43, 49; AAS 2017: 13; Embacher/Edtmaier/Preitshopf 2019: 19f.

¹⁴¹ Vgl. Kloke 2020.

¹⁴² Vgl. Biskamp 2018: 2.

¹⁴³ Vgl. *IIBSA* 2020: 12.

¹⁴⁴ Vgl. Salzborn 2013: 12. Insbesondere in den zahlreichen Erklärungen gegen *BDS* wird von einer Bewegung gesprochen.

¹⁴⁵ Die einschlägigen Internetseiten sind: <http://bds-kampagne.de/>, <https://de-de.facebook.com/BDSKampagne.de> und <https://twitter.com/bdskampagne>.

¹⁴⁶ Vgl. *BDS* o.J.b.

¹⁴⁷ Siehe Internetseite <http://bdsberlin.org/bds-berlin/>.

¹⁴⁸ Einschlägig ist derzeit die Internetseite <https://bdsgruppebonn.wordpress.com/>.

¹⁴⁹ Für Wiesbaden ist weder von einer Gruppe noch von einer Initiative die Rede. Es heißt vielmehr kurz „*BDS Wiesbaden*“.

¹⁵⁰ *BDS Wiesbaden* hat bspw. seit 2019 kein Profil auf Facebook und Twitter mehr, wie Bildungsreferent*innen der *Jugendinitiative Spiegelbild*, einem hessischen Verein, beobachtet haben.

rund 2700 „gefällt mir“-Angaben, und dem dazugehörigen Twitterkanal folgen rund 4300 weitere Profile. Diese Zahlen geben allerdings mehr Aufschluss über die (virtuelle) Reichweite und gegebenenfalls die technische Versiertheit der jeweiligen Gruppe als über den Organisationsgrad oder die direkte Unterstützung.

Wie viele Personen sich aktiv an *BDS* in Deutschland beteiligen, die Bewegung mitgestalten und Aktionen organisieren, ist unklar, da es keine belastbaren Zahlen gibt.

Aktivitäten und Aktionen in Deutschland

Einen weiteren Ansatzpunkt, um *BDS* in Deutschland einschätzen zu können, bieten öffentliche Aktionen, zu denen lokale *BDS*-Gruppen aufrufen. Bei einzelnen Offline-Aktionen, die zwischen 2017 und 2020 stattfanden, beteiligten sich in Berlin und Bonn eigenen Angaben zufolge, zwischen 150 und mehrere hundert Personen.¹⁵¹ Derzeit besonders aktiv sind die Gruppen in Berlin, Bonn und Oldenburg. Allein auf der Internetseite von *BDS Berlin* sind zwischen 2010 und 2020 mindestens 75, auf der Internetseite von *BDS Bonn* zwischen 2016 und 2020 rund 40 Aktionen aufgeführt. Überwiegend handelt es sich um Protestkundgebungen und Infostände, aber auch um Vorträge und andere Veranstaltungen.

Daneben kommt es auch zu Handlungen von einzelnen *BDS*-Aktivist*innen, die sich konkret gegen Israelis richten. An der Humboldt-Universität zu Berlin wurde 2017 eine Veranstaltung mit der Shoah-Überlebenden Dvora Weinstein und der Knessetabgeordneten Aliza Lavie zum Thema „Leben in Israel“ von mindestens drei *BDS*-Aktivist*innen mehrmals unterbrochen,¹⁵² die Parolen wie „Das Blut des Gazastreifens klebt an ihrer Hand“ und „Kindermörder“¹⁵³ riefen. Die Beteiligten wurden des Saales verwiesen, nachdem sie die fünf Minuten Redezeit überschritten hatten, die ihnen eingeräumt worden war.¹⁵⁴ Im Anschluss an die Veranstaltung wurden drei Aktivist*innen angeklagt. Eine Aktivistin wurde wegen Körperverletzung verurteilt, die anderen freigesprochen.¹⁵⁵

Im Juli 2018 versuchte *BDS Bonn* einen Vortrag mit dem in Herzliya/Israel lehrenden Rechtswissenschaftler Amichai Magen an der Universität Bonn zu verhindern und protestierte anschließend, als die Veranstaltung stattfand.¹⁵⁶ Auf der Internetseite heißt es, *BDS Bonn* kritisiere „Herrn Dr. Magen nicht, weil er eventuell Jude“ sei, sondern weil er eine Institution vertrete,

¹⁵¹ Vgl. *BDS Bonn* 2017; *BDS* 2019b.

¹⁵² Vgl. Kunst 2017.

¹⁵³ Zitiert n. Goldstein 2017.

¹⁵⁴ Vgl. Schönball 2017.

¹⁵⁵ Vgl. Lejeune 2020.

¹⁵⁶ Vgl. Immenkeppel 2018.

„die sich an Israels Verletzungen des Völkerrechts und der Menschenrechte“¹⁵⁷ beteilige. Ebenfalls 2018 riefen die *BDS*-Gruppen in Bonn und Berlin zum Boykott von Konzerten der Sängerin Netta Barzilai auf, die dort stattfanden.¹⁵⁸ Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass sich die einzelnen Akteur*innen innerhalb von *BDS* nicht kritisieren oder voneinander abgrenzen, auch dann nicht, wenn es zum Boykott von Einzelpersonen kommt.

4. Monitoring der Aktivitäten und Erklärungen gegen *BDS* auf staatlicher, institutioneller und zivilgesellschaftlicher Ebene

Seit 2016 haben die Aktivitäten gegen *BDS* in Deutschland auf unterschiedlichen Ebenen kontinuierlich zugenommen. Die Gegenaktivitäten bestehen meist aus Erklärungen und Unvereinbarkeitsbeschlüssen. Insbesondere Landes- und Stadtparlamente stellen keine öffentlichen Räume zur Verfügung und lassen *BDS* keine finanziellen Mittel zukommen.

Parlamente und kommunale Organe

Auf Landesebene existieren Parlamentsbeschlüsse mit unterschiedlicher Reichweite, die alle 2018 zustande kamen.¹⁵⁹ Sie umfassen folgende Aspekte: Das Abgeordnetenhaus Berlin beschließt, *BDS* keine öffentlichen Räume und keine finanziellen Mittel zu geben,¹⁶⁰ der Landtag in Rheinland-Pfalz distanziert sich von Boykottaufrufen „israelischer Geschäfte und Waren“,¹⁶¹ der Thüringer Landtag lässt *BDS* keine finanzielle, strukturelle oder anderweitige Unterstützung zukommen,¹⁶² der Landtag von Baden-Württemberg spricht sich gegen Boykottaufrufe aus und fordert eine juristische Prüfung von ggf. Straftatbeständen¹⁶³ und der Landtag Nordrhein-Westfalen stellt alle Formen der Unterstützung der *BDS*-Bewegung ein.¹⁶⁴ 2017 wurden Anträge gegen *BDS* in der Hamburgischen Bürgerschaft¹⁶⁵ und 2019 im Bayerischen Landtag

¹⁵⁷ *BDS Bonn* 2018a.

¹⁵⁸ Vgl. *BDS* 2018; *BDS Bonn* 2018b.

¹⁵⁹ Im selben Jahr verabschiedet *Jugend im Landtag* in Schleswig-Holstein einen Beschluss gegen Antisemitismus und *BDS*, der den Parlamentarier*innen des Landtages und der Landesregierung zur Stellungnahme vorgelegt wird (Morsch 2018: 31f.).

¹⁶⁰ Abgeordnetenhaus Berlin 2018.

¹⁶¹ Der Beschluss „Antisemitismus entschlossen bekämpfen“ positioniert sich nicht ausschließlich gegen *BDS*. Dort heißt es: „Der Landtag spricht sich dafür aus [...] der weltweiten Kampagne ‚Boycott, Divestment, Sanctions‘, die auch in Rheinland-Pfalz Unterstützung findet, entschlossen entgegenzutreten. Wir verurteilenden Aufruf zum Boykott israelischer Geschäfte und Waren sowie die Aufbringung von ‚Don’t Buy‘-Schildern auf israelischen Produkten aufs Schärfste“ (Landtag Rheinland-Pfalz 2018: 3).

¹⁶² Thüringer Landtag 2018: 2.

¹⁶³ Landtag von Baden-Württemberg 2018: 2.

¹⁶⁴ Landtag Nordrhein-Westfalen 2018: 1f.

¹⁶⁵ In der Hamburger Bürgerschaft wurde am 1.3.2017 zwar ein Antrag von Grünen und SPD gegen Antisemitismus verabschiedet (vgl. Hamburger Bürgerschaft 2017a: 3869; Hamburger Bürgerschaft 2017b). Um *BDS* geht es, im Gegensatz zum abgelehnten Antrag der CDU, jedoch nur marginal (vgl. Hamburger Bürgerschaft 2017c).

abgelehnt. Im Hamburger Antrag hieß es, alle Behörden der Stadt stellen sicher, gegen die antisemitische *BDS*-Initiative zu handeln,¹⁶⁶ der bayrische Antrag sah vor, *BDS* keine staatlichen Räume und keine finanziellen Zuschüsse zukommen zu lassen.¹⁶⁷ Der Hessische Städtetag gründete 2019 eine Initiative der weltweiten Stadtoberhäupter, die sich dem Kampf gegen Hass, Antisemitismus und die *BDS*-Kampagne widmen soll.¹⁶⁸

Im Mai 2019 verabschiedete der Deutsche Bundestag einen medial viel beachteten und kontrovers diskutierten Beschluss gegen *BDS*,¹⁶⁹ eingebracht von CDU/CSU, SPD, FDP und den Grünen. Darin heißt es, die „Argumentationsmuster und Methoden der *BDS*-Bewegung sind antisemitisch“.¹⁷⁰ Der Bundestag verpflichtet sich, „alle antisemitischen Äußerungen und Übergriffe, die als vermeintliche Kritik an der Politik des Staates Israel formuliert werden, tatsächlich aber Ausdruck des Hasses auf jüdische Menschen und ihre Religion sind“,¹⁷¹ zu verurteilen und zu bekämpfen. Zudem stellt er Gruppen, die das Existenzrecht Israels infrage stellen, Räumlichkeiten, die unter der Bundestagsverwaltung stehen, nicht zur Verfügung. Die Resolution ruft andere öffentliche Akteur*innen wie Länder, Städte und Gemeinden dazu auf, sich dieser Haltung anzuschließen und auf jegliche finanzielle wie ideelle Förderung von *BDS* zu verzichten.

Auch die Stadtvertretungen von Frankfurt/Main, München,¹⁷² Berlin, Köln, Mannheim,¹⁷³ Dortmund, Oldenburg, Essen, Bochum, Bonn, Leipzig, Bielefeld¹⁷⁴ und Neu-Ulm¹⁷⁵ stellten sich zwischen 2017 und 2020 in Erklärungen gegen die *BDS*-Bewegung. In einigen Städten scheiterten solche Anträge allerdings auch, u.a. in Bergisch Gladbach, Göttingen und Münster.¹⁷⁶ Die Resolutionen gegen *BDS* sind nicht unwiderruflich, wie sich an aktuellen Diskussionen zum Beschluss der Stadt München zeigt. Der *Verband Jüdischer Studenten in Bayern* und weitere Unterstützer*innen betrachten mit Sorge, wie einzelne „Akteure diesen Beschluss zu

¹⁶⁶ Vgl. Hamburger Bürgerschaft 2017c.

¹⁶⁷ Vgl. Bayerischer Landtag 2019a; Bayrischer Landtag 2019b: 1468.

¹⁶⁸ Internationale Allianz von Stadtoberhäuptern 2019.

¹⁶⁹ Deutscher Bundestag 2019b: 12490.

¹⁷⁰ Deutscher Bundestag 2019a: 2.

¹⁷¹ Ebd.

¹⁷² Stadtverordnetenversammlung Frankfurt/Main 2017a; Stadtverordnetenversammlung Frankfurt/Main 2017b: 9f.; CSU-Stadtratsfraktion/SPD-Stadtratsfraktion München 2017.

¹⁷³ Abgeordnetenhaus Berlin 2018; Stadt Köln 2018: 28ff.; Kommunalinfo Mannheim 2019.

¹⁷⁴ Stadt Dortmund 2019; Der Oberbürgermeister Stadt Oldenburg 2019; Stadt Essen 2019; Rat der Stadt Bochum 2019; Rat der Stadt Bonn 2019: 1132ff.; Stadtrat Leipzig 2019; Rat der Stadt Bielefeld 2019.

¹⁷⁵ Stadt Neu-Ulm 2020.

¹⁷⁶ NRW.direkt 2018; Paul 2019; Stadt Münster 2019.

kippen“ versuchen.¹⁷⁷ Anlass ist, dass der bayerische Verwaltungsgerichtshof derzeit verhandelt, inwiefern der städtische *BDS*-Beschluss gegen das Recht auf Meinungsfreiheit verstößt.¹⁷⁸ Zeitungen berichteten, der Richter sehe den Beschluss kritisch.¹⁷⁹

Politische Parteien und parteinahe Zusammenhänge

Sowohl auf Bundesebene als auch auf Länderebene positionieren sich politische Parteien allgemein gegen Israelboykotte oder speziell gegen *BDS*. Ein Teil der Bundestagsfraktion der Linkspartei gehörte 2011 zu den ersten Parteien, die sich zwar nicht direkt gegen *BDS*, aber gegen Boykottaufrufe von israelischen Produkten aussprachen.¹⁸⁰ Hintergrund ist die Zusammenarbeit von einigen Abgeordneten mit Akteur*innen, die einen Boykott Israels fordern und sich für eine Einstaatenlösung einsetzen.¹⁸¹ Eine inhaltliche Spaltung der Partei insbesondere in Bezug auf *BDS* lässt sich jedoch immer wieder feststellen. 2014 bekräftigt der Bundesvorstand, es „verbieten sich vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte Boykottaufrufe gegen israelische Produkte“.¹⁸² Der *Bundesarbeitskreis Gerechter Frieden in Nahost* der Linkspartei betont im Gegensatz dazu seine Solidarität mit *BDS*.¹⁸³ Die Linksjugend Solid hat keinen Beschluss verabschiedet, der sich explizit gegen *BDS* wendet, sondern verurteilte 2015 auf dem Bundeskongress u.a., wenn Israel dämonisiert, ein Vergleich mit dem Nationalsozialismus gezogen oder die Solidarität mit der *Hamas* bekundet werde.¹⁸⁴ Die parteinahe Hochschulgruppe und Studierendenvereinigung Die Linke.SDS erklärte auf dem Bundeskongress 2020, sie verurteile „die zunehmende Kriminalisierung und Diskreditierung von pro-palästinensischen Gruppen und Bewegungen wie *BDS*“ und sei erschreckt über die „Hetzkampagnen“¹⁸⁵ gegen jene Linke, die *BDS* unterstützen. Einzelne Hochschulgruppen von Die Linke.SDS kritisieren wiederum diesen Beschluss¹⁸⁶ und verurteilen die *BDS*-Bewegung.¹⁸⁷

2016 verabschiedete die CDU auf ihrem Bundesparteitag einen Antrag, in dem sich die Partei verpflichtete, „[j]eglichen Aktionen, die Israel feindlich begegnen“ entschieden entgegenzutreten und verurteilte „jegliche *BDS*-Aktivitäten [...] als antisemitisch“.¹⁸⁸ 2018 verabschiedete

¹⁷⁷ Verband Jüdischer Studenten in Bayern 2020.

¹⁷⁸ Siehe unter Punkt „Gerichtsentscheidungen“ zu *BDS*, S. 17f.

¹⁷⁹ Vgl. Handel 2020.

¹⁸⁰ Die Linke Bundestagsfraktion 2011.

¹⁸¹ Vgl. Engelin 2011.

¹⁸² Die Linke Parteivorstand 2014.

¹⁸³ Vgl. *Bundesarbeitskreis Gerechter Frieden in Nahost* 2016.

¹⁸⁴ Linksjugend Solid 2015.

¹⁸⁵ Die Linke.SDS 2020.

¹⁸⁶ Linke Liste SDS (Saarland) 2020.

¹⁸⁷ Die Linke.SDS Oldenburg 2018.

¹⁸⁸ CDU 2016: 43.

der Deutschlandrat der Jungen Union den Beschluss, die *BDS*-Bewegung konsequent anzugehen und forderte, ihre Aktivitäten klar zu sanktionieren und gegebenenfalls juristisch zu verfolgen.¹⁸⁹ Die Bundesdelegiertenversammlung der Studierendenvereinigung RCDS positionierte sich 2017 ebenfalls gegen *BDS*.¹⁹⁰

Auf dem Landesparteitag der SPD in Berlin nahm die Partei 2017 einen Antrag an, der die Forderung enthält, nicht „mit der antisemitischen *BDS*-Bewegung“ zusammenzuarbeiten, und verpflichtete sich dazu, „den weitverbreiteten antizionistischen Antisemitismus aufs Schärfste“ zu bekämpfen.¹⁹¹ Die SPD Oldenburg begrüßte 2019 den Beschluss des Bundestages gegen *BDS* ausdrücklich.¹⁹² Die Jusos fassten auf ihrem Bundeskongress 2019 ebenfalls einen Beschluss gegen *BDS*.¹⁹³ Die Juso-Hochschulgruppen beschlossen auf dem Bundeskoordinierungstreffen 2016, über *BDS* aufzuklären und den akademischen Boykott an den Hochschulen bekämpfen zu wollen.¹⁹⁴

2017 und 2018 fassten die Landesverbände der Grünen in Bayern, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen und Baden-Württemberg¹⁹⁵ Beschlüsse, in denen sie einen Boykott Israels sowie „eine Beteiligung oder Zusammenarbeit mit der *BDS*-Kampagne“¹⁹⁶ ablehnten. Die Grüne Jugend verabschiedete auf dem Bundeskongress 2017 einen Beschluss, in dem sie eine Zusammenarbeit mit der *BDS*-Kampagne und Organisationen, die sich zu *BDS* bekennen, ablehnte.¹⁹⁷ Gleiches gilt für die Studierendenvertretung Campusgrün, die sich „jegliche[r] Zusammenarbeit“¹⁹⁸ mit *BDS* verweigert.

2019 fasste die FDP auf ihrem Bundesparteitag einen Beschluss gegen *BDS*, in dem sie weitreichender als im Bundestagsbeschluss forderte, allen „Institutionen und Vereinen, welche mit dem *BDS* kooperieren oder ihn unterstützen“, die staatliche Förderung zu entziehen.¹⁹⁹ Zuvor hatte die FDP Frankfurt auf ihrer Mitgliederversammlung den Beschluss des Deutschen Bundestages begrüßt und gefordert, *BDS* keinerlei finanzielle Begünstigungen (etwa in Form der Körperschaftssteuer) zu gewähren.²⁰⁰ Die Jungen Liberalen verabschiedeten 2017 auf ihrem

¹⁸⁹ Junge Union 2018.

¹⁹⁰ RCDS 2017: 85ff.

¹⁹¹ SPD Berlin 2016.

¹⁹² SPD Oldenburg 2019.

¹⁹³ Jusos 2019: 193ff.

¹⁹⁴ Juso-Hochschulgruppen 2016.

¹⁹⁵ Grüne Bayern 2017; Grüne Jugend Bremen 2017; Grüne Hamburg 2017; Grüne Nordrhein-Westfalen 2018; Grüne Niedersachsen 2018; Grüne Sachsen 2018; Grüne Baden-Württemberg 2018.

¹⁹⁶ Grüne Nordrhein-Westfalen 2018.

¹⁹⁷ Grüne Jugend 2017.

¹⁹⁸ Campusgrün 2017.

¹⁹⁹ FDP 2019.

²⁰⁰ FDP Frankfurt 2019.

Landeskongress einen Beschluss gegen *BDS*, der scharfe Sanktionen forderte.²⁰¹ Die liberalen Hochschulgruppen positionierten sich 2018 gegen *BDS*.²⁰²

Die AfD-Bundestagsfraktion forderte 2019 in einem Antrag, die bundesweite *BDS*-Bewegung durch das Vereinsrecht „zu verbieten“.²⁰³ Allerdings gibt es in der Partei auch gegenteilige Stimmen: In einem Antrag von 2017 heißt es, Deutschland müsse sich „wirtschaftliche Sanktionen und Boykottmaßnahmen gegenüber Israel“ vorbehalten, wenn Israel „exzessive völkerrechtswidrige Vergeltungsmaßnahmen“²⁰⁴ wiederhole. Der Antrag wurde jedoch nicht weiter behandelt.²⁰⁵ Hervorzuheben ist, dass sich hohe antisemitische Zustimmungswerte im Kontext der AfD²⁰⁶ und die Verurteilung von *BDS* nicht gegenseitig ausschließen. Von der Jungen Alternative gibt es bisher keine öffentliche Stellungnahme zu *BDS*.

Der universitäre Kontext

Seit 2016 fassen zahlreiche Studierendenparlamente, Studierendenräte und Allgemeine Studierendenausschüsse an deutschen Universitäten Beschlüsse gegen *BDS*, darunter Leipzig, Hannover,²⁰⁷ Duisburg-Essen, Frankfurt/Main, Hamburg, Darmstadt,²⁰⁸ Mainz, Oldenburg, Berlin (Humboldt-Universität), Rostock, Mannheim, Köln, Kassel,²⁰⁹ Augsburg, Halle-Wittenberg, Jena, Osnabrück, Münster, Bonn, Marburg²¹⁰ und Vechta.²¹¹ Die meisten Beschlüsse beinhalten den Appell, Aufklärungs- und Bildungsarbeit gegen *BDS* durchzuführen, „um *BDS*-Strukturen zu erkennen“ und deren „Wirken zu verhindern“,²¹² sowie die Selbstverpflichtung, keine Formate zu unterstützen, an denen *BDS* beteiligt ist.²¹³ Studierende an der Universität Göttingen haben bisher zwar keine Resolution verabschiedet, sich aber gegen *BDS* ausgesprochen.²¹⁴ An

²⁰¹ Junge Liberale 2017.

²⁰² Liberale Hochschulgruppen 2018.

²⁰³ Weidel/Gauland 2019: 2.

²⁰⁴ AfD 2017: 147.

²⁰⁵ Ohne Autor*in 2019.

²⁰⁶ Vgl. Decker/Kiess/Brähler 2018: 203f.; Steinitz/Poensgen 2018: 33ff. Zum Verhältnis von anderen deutschen Parteien zum Antisemitismus siehe: Ionescu/Salzborn 2014: 297ff.

²⁰⁷ StuRa Uni Leipzig 2016; AStA Uni Hannover 2016.

²⁰⁸ Trilling 2017; StuPa Uni Frankfurt/Main 2017; *Unicorns* 2017; StuPa Uni Darmstadt 2017.

²⁰⁹ Bartoschek 2018; Die Linke.SDS Oldenburg 2018; StuPa HU Berlin 2018: 10ff.; AStA Uni Rostock 2018; Juso HSG Mannheim 2018; AStA Uni Köln 2018; StuPa Uni Kassel 2019.

²¹⁰ Die Linke.SDS Augsburg 2019; StuRa Uni Halle-Wittenberg 2019; StuRa Uni Jena 2019; AStA Uni Osnabrück 2019; StuPa Uni Münster 2019; CampusGrün Münster 2019; StuPa Uni Bonn 2019; AStA Uni Marburg 2019.

²¹¹ AStA Uni Vechta 2020.

²¹² AStA Uni Hannover 2016.

²¹³ StuRa Uni Leipzig 2016.

²¹⁴ Vgl. AStA Uni Göttingen 2019.

den Universitäten Freiburg, Gießen und Heidelberg konnten Resolutionen entweder nicht gefasst werden oder sie wurden wieder rückgängig gemacht.²¹⁵ 2019 verabschiedet der überparteiliche Dachverband von Studierendenvertretungen in Deutschland, der *freie Zusammenschluss von studentInnenschaften* mit dem *Jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft*, der *Jüdischen Studierendenunion Deutschland* und weiteren studentischen Akteur*innen eine Resolution gegen *BDS*, die sich dafür ausspricht, dem „besonders aggressiven Ausdruck des israelbezogenen Antisemitismus [...] keinen Raum an deutschen Universitäten“ zu überlassen.²¹⁶ Positiv Bezug nehmend auf diese Resolution sowie den Beschluss des Deutschen Bundestages verabschiedete die Mitgliederversammlung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) im November 2019 einen Entschließungsantrag gegen Antisemitismus und *BDS*.²¹⁷ In der HRK haben sich 268 staatliche und staatlich anerkannte Hochschulen in Deutschland zusammengeschlossen.

Weitere zivilgesellschaftliche Akteur*innen

Darüber hinaus positionieren sich weitere Akteur*innen gegen *BDS*, darunter gewerkschaftliche wie die DGB- und die ver.di-Jugend,²¹⁸ religiöse wie der Deutsche Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit²¹⁹ oder der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland²²⁰ und solche, die die Antisemitismusbekämpfung zum Ziel haben, wie u.a. die *Amadeu Antonio Stiftung*.²²¹ Auch im kulturellen Bereich werden mittlerweile zahlreiche

²¹⁵ StuRa Uni Freiburg 2017: 9; Studentische Initiative gegen Antisemitismus Giessen 2019; Ohne Autor*in 2018.

²¹⁶ *fzs* 2019.

²¹⁷ HRK 2019. Im Entschließungsantrag heißt es, „[d]ie Mitgliederversammlung der HRK ist entsetzt über die Terrorattacke in Halle/Saale am 9. Oktober 2019 [...] und über die sich häufenden antisemitischen Vorfälle in Deutschland (mindestens 1799 allein im Jahr 2018). [...] Die deutschen Hochschulen sind Zentren der demokratischen Kultur, Orte des Dialogs und Stätten der Vielfalt. [...] Außerdem stehen die Hochschulen in Deutschland in besonderer historischer Verantwortung, allen Formen des Antisemitismus entschieden entgegenzutreten. Die Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), welche auch durch die Bundesregierung Anerkennung findet, bietet eine klare Grundlage zum Erkennen von Judenhass und ist damit ein wichtiges Werkzeug bei seiner Bekämpfung. Dabei wird auch der israelbezogene Antisemitismus berücksichtigt. Die Mitgliedshochschulen der Hochschulrektorenkonferenz begrüßen diese Antisemitismusdefinition ausdrücklich und möchten sie an allen Hochschulstandorten etabliert sehen. In ihren Institutionen findet sie Anwendung und wird den Mitgliedern vermittelt. Jüdisches Leben auf dem Campus darf nicht gefährdet sein, jüdische Forscherinnen und Forscher, Lehrende und Studierende müssen sich an allen Hochschulen sicher fühlen können. Forschung zu Antisemitismus, seiner Genese und seiner Wirkweise, entsprechende Angebote in Studium und Lehre sowie der Erkenntnistransfer an Multiplikatoren und Entscheidungsträger sind für die erfolgreiche Bekämpfung des Antisemitismus von höchster Wichtigkeit.“ (HRK 2019)

²¹⁸ DGB-Jugend 2018; Holnburger 2018; ver.di. Jugend 2019.

²¹⁹ Deutscher Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit 2019.

²²⁰ Rat der EKD 2020. Bereits 2011 erklärte die Kirchenkonferenz der EKD, ein allgemeiner Boykott Israels sei aufgrund des Boykotts im Nationalsozialismus nicht zu akzeptieren (Kirchenkonferenz der EKD/Evangelische Mittelost-Kommission 2011).

²²¹ *AAS* 2019. Weitere Erklärungen stammen von der *Deutsch-Israelischen Gesellschaft* 2016, vom *JFDA* 2018, vom *American Jewish Committee Berlin* 2019 (*AJC* zit. n. *Aviva* 2019), vom *Internationalen Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung (IIBSA)* 2020) und der *Bildungsstätte Anne Frank* (o.J.).

Kontroversen um *BDS* geführt.²²² Einige Veranstaltungsorte positionieren sich öffentlich gegen *BDS*, wie etwa das Kulturzentrum *Schlachthof* in Wiesbaden 2018.²²³ Andere laden Künstler*innen wieder aus, die sich zu *BDS* bekennen,²²⁴ wie der *Club about blank* in Berlin oder der *Golden Pudel Club* in Hamburg. Ende 2019 führte eine Podiumsdiskussion im *Club Voltaire* (Frankfurt/Main), die städtische Resolutionen gegen *BDS* als „Angriff auf die Meinungsfreiheit“²²⁵ kritisierte, zu Kontroversen in Stadtpolitik und (über)regionaler Presse.²²⁶ Da zwei *BDS*-Unterstützer*innen auf dem Podium saßen, prüft die Stadt die Möglichkeit, dem Kulturzentrum die jährlichen Zuschüsse zu entziehen.²²⁷

Viele Resolutionen gegen *BDS* sind eine Form der symbolischen Politik. Sie bedeuten nicht automatisch, dass eine tiefergehende Auseinandersetzung mit israelbezogenem Antisemitismus stattfindet. Auch wenn die Resolutionen eine konkrete Handlungsanweisung beinhalten, gestaltet sich die konsequente Umsetzung herausforderungsvoll, wie u.a. der Fall Frankfurt/Main/*Club Voltaire* zeigt.

Gerichtsentscheidungen

Insbesondere in Städten, in denen *BDS*-Gruppen aktiv sind, wird nicht nur öffentlich debattiert, sondern auch vor Gerichten gestritten. Seit 2017 ergingen mehrere Gerichtsurteile zu *BDS*, die sich auf die öffentlichen Kontroversen und den staatlichen und zivilgesellschaftlichen Umgang mit *BDS* auswirken.

Auf der zivilrechtlichen Ebene urteilte das Landgericht München im September 2017, dass der Vertrag über eine Veranstaltung mit einer Gruppe, die *BDS* unterstützt, nicht wieder (aus formalen Gründen) gekündigt werden darf.²²⁸ Gleiches entschied das Landgericht auch in Bezug auf eine Veranstaltung der Gruppe im März 2019.²²⁹

Das Verwaltungsgericht Oldenburg urteilte im September 2018, es sei rechtswidrig, dass die Stadtverwaltung Oldenburg einem *BDS*-Aktivisten für eine Veranstaltung keine Räumlichkeiten zur Verfügung stelle. Dies schränke die Meinungsfreiheit ein.²³⁰ Im März 2019 bestätigte

²²² Reith 2018; *BDS* 2019e; vgl. *BDS* 2019a.

²²³ *Schlachthof* Wiesbaden 2018.

²²⁴ Spex Redaktion 2018; Bruce-Jones o.J.

²²⁵ *Club Voltaire* 2019.

²²⁶ Vgl. Schmidt-Lunau 2019; Reiningger 2020.

²²⁷ Vgl. Becker 2019; Manus 2019.

²²⁸ Wetzel 2017. Es handelte sich um eine Veranstaltung der *Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe München*.

²²⁹ Anlauf/Wetzel 2019.

²³⁰ Kiefer 2018.

das Oberverwaltungsgericht Oldenburg die Entscheidung des Verwaltungsgerichts. Die Stadtverwaltung sei zudem darlegungs- und beweislastpflichtig, wenn sie anführe, *BDS* stehe nicht für die freiheitliche demokratische Grundordnung ein.²³¹ Anders urteilte das Verwaltungsgericht München im Dezember 2018 in einem Fall, in dem die Stadt München *BDS* die Nutzung städtischer Räumlichkeiten verboten hatte. Die Stadt habe das Recht, die Nutzung städtischer Räumlichkeiten per Satzung zu verweigern, wenn sie nicht mit dem Zweck des Veranstaltungsortes übereinstimmen. Die verweigernde Nutzung verstoße nicht gegen das Recht auf Versammlungsfreiheit, da dieses kein „Benutzungsrecht“ von öffentlichen Räumen umfasse. Auch das Recht auf Meinungsfreiheit werde nicht eingeschränkt, da die Stadt keine Meinung verbiete.²³² Mittlerweile liegt der Fall beim bayerischen Verwaltungsgerichtshof, ein abschließendes Urteil steht noch aus.²³³ Das Verwaltungsgericht Köln urteilte im September 2019 über den Status der politischen Beschlüsse gegen *BDS*, die von Stadträten, Landtagen und dem Bundestag verabschiedet wurden. Sie seien „keine Rechtssetzungsakte, sondern politische Resolutionen bzw. Willensbekundungen“.²³⁴ Aus diesem Grund dürfe die Stadt Bonn dem *Deutsch-Palästinensischen Frauenverein*, der *BDS* unterstützt, auch nicht die Teilnahme an einem Kultur- und Begegnungsfest verweigern und sich dafür auf den Antrag gegen *BDS* beziehen.²³⁵

Mittlerweile urteilte auch ein Gericht auf europäischer Ebene zu *BDS*. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg entschied im Juni 2020, dass elf Aktivist*innen des *Collectif Palestine 68*, das *BDS* angehört, von französischen Gerichten zu Unrecht verurteilt worden waren.²³⁶ Die Aktivist*innen hatten in Supermärkten zwei Boykottaktionen gegen israelische Produkte durchgeführt und waren wegen Anstiftung zur wirtschaftlichen Diskriminierung zu Geldstrafen verurteilt worden. Der EGMR urteilte nun, die Boykottaktionen seien vom Recht auf freie Meinungsäußerung in der Europäischen Menschenrechtskonvention gedeckt und dürften nicht bestraft werden.²³⁷

Die Gerichtsurteile zeigen, dass öffentliche Kontroversen um *BDS* auch auf rechtlicher Ebene verhandelt werden und hier keine Einigkeit herrscht. Hervorzuheben ist in diesem Zusammen-

²³¹ Kiefer 2019.

²³² VG München 2018.

²³³ Vgl. Handel 2020.

²³⁴ VG Köln 2019.

²³⁵ *BDS* 2019f.

²³⁶ Vgl. European Court of Human Rights 2020.

²³⁷ Beck-Aktuell 2020.

hang, dass deutsche Gerichte zuletzt öffentlich dafür kritisiert wurden, die gegenwärtige Erscheinungsform des israelbezogenen Antisemitismus weder zu erkennen noch zu sanktionieren.²³⁸

5. Handlungsempfehlungen

1. Den Kontroversen um *BDS* und antisemitische Boykottkampagnen liegt die Auseinandersetzung um israelbezogenen Antisemitismus zugrunde. Dieser ist aktuell weit verbreitet und kann im öffentlichen Raum wenig sanktioniert kommuniziert werden. Wo diese Form des Antisemitismus beginnt, ist unter Wissenschaftler*innen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen umstritten und muss im Einzelfall analysiert werden. Um dem Problem des israelbezogenen Antisemitismus effektiv zu begegnen, muss dieser kritisch und schlüssig bewertet werden. Ein **breites gesellschaftliches Bewusstsein** über diese Erscheinungsform des Antisemitismus kann nur durch **öffentliche Debatten und klare Positionierungen** erreicht werden. Dafür muss Antisemitismus **nicht nur verurteilt, sondern seine Funktions- und Wirkungsweise erklärt werden.**

2. Bei *BDS* handelt es sich um eine transnationale Bewegung, die in Deutschland bisher noch keine so große Unterstützer*innenbasis etablieren konnte wie in anderen Staaten (z.B. USA, Großbritannien, Spanien). Aufgrund des spezifisch deutschen postnationalsozialistischen Diskursrahmens ist das Vorgehen von *BDS* sehr strategisch. Die Zustimmungswerte zu israelbezogenem Antisemitismus legen ein höheres Potenzial für *BDS* nahe. Damit *BDS* keinen breiteren Zuwachs erhält, muss insbesondere herausgestellt und benannt werden, dass die **Ziele von *BDS* auf eine faktische Abschaffung Israels als mehrheitlich jüdischem Staat abzielen und sein Existenzrecht somit in Frage stellen.** Die **Förderung von Aufklärungs- und Informationsveranstaltungen gerade außerhalb des universitären Rahmens** ist hierbei ein sinnvolles Instrument.

3. Neben arabischen/palästinensischen Gruppen unterstützen in Deutschland besonders friedensbewegte, menschenrechtlich orientierte und christliche Gruppen, aber auch (international geprägte) antirassistische und antiimperialistische Zusammenhänge *BDS*. Die Veröffentlichungen von *BDS* und zentralen Protagonisten wie Omar Barghouti machen die Bewegung für solche Gruppen anschlussfähig und unterstützenswert. Es handelt sich um gesellschaftlich und politisch engagierte Menschen, die gegebenenfalls für eine kritische Auseinandersetzung zugänglich sind. Gerade wenn davon auszugehen ist, dass *BDS* von der Ausrichtung her zwar

²³⁸ Steinke 2020: 62ff., 84ff.

antisemitisch ist, aber nicht alle Aktivist*innen eine gefestigte antisemitische Haltung haben, erscheint es sinnvoll, zwischen überzeugten *BDS*-Aktivist*innen und **Sympathisant*innen** zu unterscheiden. Um Letztere argumentativ zu **erreichen**, gilt es **Ansätze und Methoden** zu **entwickeln, die Gesprächsangebote machen** und es ermöglichen, **Positionen kritisch zu revidieren**.

4. Da sowohl systematische wissenschaftliche Analysen zu den Handlungsfeldern, Aktionsformen und Organisationsstrukturen von *BDS* als auch allgemeiner zu antisemitischen Boykottkampagnen ausstehen, sollte eine **empirische Antisemitismusforschung gefördert** werden, die sich damit auseinandersetzt. So gewonnene Erkenntnisse fördern die notwendige Auseinandersetzung um *BDS* und können auch die Basis bilden, passgenaue Gegenstrategien zu entwickeln. Analog sollten **Akteur*innen gestärkt werden, die die Boykottkampagnen beobachten und dokumentieren**. Neben dem Monitoring beraten sie häufig Einzelpersonen und Institutionen zum Umgang mit *BDS*. Dies kann wiederum die **antisemitismuskritische Zivilgesellschaft vor Ort stärken**.

5. Auch wenn es Unterschiede zwischen Boykotten im Nationalsozialismus und gegenwärtigen Boykotten gegen Produkte israelischer Herkunft, israelische oder jüdische Künstler*innen und Wissenschaftler*innen gibt, lässt sich der Sinnzusammenhang in der postnationalsozialistischen deutschen Gesellschaft nicht auflösen. Zudem nehmen viele Jüdinnen*Juden die Praxis des Boykotts als antisemitisch wahr. Gerade Boykotte auf der wissenschaftlichen und kulturellen Ebene haben direkte Konsequenzen für einzelne (oftmals jüdische) Israelis, da sie zur Zielscheibe werden und so eine Bedrohung erfahren. Besonders wenn Individuen boykottiert werden, lässt sich die antisemitische Wirkung nicht aufheben. In Auseinandersetzungen mit *BDS* muss auf **die realen Konsequenzen für Einzelpersonen** und auf die konkreten **bedrohlichen, ausgrenzenden und diskriminierenden Erfahrungen**, die (israelische) **Jüdinnen*Juden** machen, **hingewiesen** werden.

6. Bisher sind Jüdinnen*Juden als aktive Subjekte noch zu wenig Teil öffentlicher Kontroversen. Häufig wird nicht mit ihnen, sondern über sie geredet. **Die Sichtbarkeit der Standpunkte von Jüdinnen*Juden und Israelis in den öffentlichen Debatten sollte daher gestärkt werden**. Viele Jüdinnen*Juden nehmen die Boykottkampagnen gegen Israel als antisemitisch wahr. Gleichzeitig gilt es auch anzuerkennen, dass die Haltungen zu *BDS*, zum Israel-Palästina-Konflikt und zu Israel unter Jüdinnen*Juden und Israelis nicht nur in Deutschland sehr divers sind und es neben den vielen, die sich klar gegen *BDS* positionieren, auch einige gibt, die *BDS* befürworten und unterstützen. In Kontroversen um *BDS* und Antisemitismus im Allgemeinen gilt

es daher, die eigene Position zu reflektieren und zu verdeutlichen. Nichtjüdische Menschen sollten Jüdinnen*Juden weder zu einer Positionierung zum Staat Israel oder der israelischen Regierung – wie es *BDS* verlangt – noch umgekehrt zur *BDS*-Kampagne auffordern.

7. Aufgrund des großen Einflusses von *BDS* in anderen Staaten sowie den realen Auswirkungen auf Jüdinnen*Juden und Israelis in Deutschland ist eine parlamentarische Beschäftigung mit *BDS* angemessen. Sie bedeutet jedoch nicht automatisch, dass eine tiefergehende Auseinandersetzung mit israelbezogenem Antisemitismus stattfindet. Dennoch kommt dem symbolischen Gehalt der Resolutionen eine hohe Bedeutung zu, da einige Gerichte Sanktionen gegen *BDS* wieder rückgängig gemacht haben. Hinzu kommt, dass nicht überall Beschlüsse gegen *BDS* gefasst werden konnten, obwohl es derartige Initiativen gab und sich die Parteien weitestgehend einig sind, *BDS* abzulehnen. Politische Akteur*innen sollten ihre **Beschlüsse noch stärker erklären, damit sie von der breiten Bevölkerung Akzeptanz erfahren**. Zudem ist darauf hinzuwirken, dass sich die Akteur*innen **an ihre eigenen Beschlüsse** gegen Antisemitismus/*BDS* **halten** und diese auch **umsetzen und vertreten**.

8. In einigen Städten wurden Resolutionen verabschiedet, die gesondert *BDS* die Nutzung von städtischen Räumlichkeiten untersagen. Dabei handelt es sich um eine weitreichende Maßnahme. Aufgrund erster Gerichtsentscheidungen und um nicht gegen das Recht auf Meinungsfreiheit und das Gleichheitsgebot zu verstoßen, sollte **die Untersagung darauf abzielen, antisemitischen, rassistischen und weiteren menschenverachtenden Äußerungen und Verhaltensweisen generell entgegenzuwirken, und sich nicht gegen einzelne Gruppen richten**.

6. Literatur- und Quellenverzeichnis

AAS (Amadeu Antonio Stiftung) (2019): „Kauf nicht beim Juden“: Warum die Amadeu Antonio Stiftung nicht mit BDS-Gruppen oder Unterstützer*innen zusammenarbeitet, in: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/kauf-nicht-beim-juden-warum-die-amadeu-antonio-stiftung-nicht-mit-bds-gruppen-oder-unterstuetzerinnen-zusammenarbeitet-49227/>, abgerufen am 26.7.2020.

AAS (Amadeu Antonio Stiftung) (2017): Lagebild Antisemitismus 2016/2017, Berlin.

AAS (Amadeu Antonio Stiftung) (2016): „Man wird ja wohl Israel noch kritisieren dürfen ...“? Eine pädagogische Handreichung zum Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus, in: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2018/12/paedagogischer-umgang-mit-israelbezogenem-antisemitismus.pdf>, abgerufen am 8.7.2020.

Abgeordnetenhaus Berlin (2018): Gegen jeden Antisemitismus! – Jüdisches Leben in Berlin schützen, in: <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/PlenarPr/p18-027bs1061.pdf>, abgerufen am 12.8.2020.

AfD (Alternative für Deutschland) (2017): Vorläufiges Antragsbuch zum 8. Bundesparteitag in Hannover, in: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/11/Vorl%C3%A4ufiges_Antragsbuch_17112017-1.pdf, abgerufen am 12.8.2020.

Ahlheim, Hannah (2018): Antisemitismus zum Weihnachtsfest: Boykotte gegen jüdische Geschäfte 1928-1934, Ulm.

Ahlheim, Hannah (2010): Establishing Antisemitic Stereotypes: Social and Economic Segregation of Jews by means of Political Boycott in Germany, in: Leo Baeck Institute Year Book, Heft 1/2010, S. 149–173.

Albrecht, Carsten/**Alff**, Klemens/**Brinkmann**, Toni/**Hundt**, Sönke/**Kleinert**, Thea/**Schartenberg**, Wilfried (2011): Boykottaktion in der Wachmannstrasse, in: <http://bds-kampagne.de/2011/03/11/boykottaktion-in-der-wachmannstrasse/>, abgerufen am 12.8.2020.

Améry, Jean (1969): Der ehrbare Antisemitismus, in: <https://www.zeit.de/1969/30/der-ehrbare-antisemitismus/komplettansicht>, abgerufen am 8.7.2020.

Anlauf, Thomas/**Wetzel**, Jakob (2019): Umstrittene Filmvorführung, in: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/stadt-unterliegt-in-rechtsstreit-umstrittene-filmvorfuhrung-1.4369928>, abgerufen am 12.8.2020.

Asseburg, Muriel (2019): Die deutsche Kontroverse um BDS: eine Einordnung, in: Israel & Palästina: Zeitschrift für Dialog, 1/3, Berlin, S. 43–52.

AStA Uni Göttingen (2019): Pressemitteilung: Keine Verleihung des Göttinger Friedenspreises in der Aula der Universität!, in: <https://asta.uni-goettingen.de/index.html%3Fp=7065.html>, abgerufen am 12.8.2020.

AStA Uni Hannover (2016): Antisemitische Boykott-Bewegungen aufdecken und aufhalten, in: <http://www.asta-hannover.de/wp-content/uploads/2016/11/BDS-Antrag-Stura.pdf>, abgerufen am 12.8.2020.

AStA Uni Köln (2018): ohne Titel, Facebook-Eintrag v. 11.12.2018, in: <http://www.asta.uni-koeln.de/2018/12/11/beschluss-des-studierendenparlaments-zur-bds-bewegung/?fbclid=IwAR0Vxa5-DTYbQpRiEGQ3yRHLKmcyy1VocOf0FD-twK9k7d6b9iLlntUMYcM>, abgerufen am 12.8.2020.

AStA Uni Osnabrück (2019): Resolution – gegen BDS und jeden Antisemitismus, in: https://de-de.facebook.com/pg/AStA.Uni.Osnabrueck/posts/?ref=page_internal, abgerufen am 12.8.2020.

AStA Uni Rostock (2018): PM: Beschluss des StuRa am 07. November 2018, in: <https://www.asta-rostock.de/2018/11/13/pm-beschluss-des-stura-am-07-november-2018/>, abgerufen am 12.8.2020.

AStA Uni Vechta (2020): Der AStA der Universität Vechta unterstützt die unten folgende Resolution, in: <https://zh-cn.facebook.com/AStA.Uni.Vechta/posts/2470885589680503>, abgerufen am 12.8.2020.

Aviva-Berlin (2019): Berliner Büro des American Jewish Committee (AJC) stellt 12-Punkte Aktionsplan zur Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland auf, in: https://www.aviva-berlin.de/aviva/content_Public%20Affairs_Diskriminierung.php?id=1420465, abgerufen am 12.8.2020.

Barghouti, Omar (2017): Offener Brief an Freund*innen und Kolleg*innen, in: <http://bds-kampagne.de/2017/04/03/omar-barghouti-offener-brief-an-freundinnen-und-kolleginnen/>, abgerufen am 12.8.2020.

Barghouti, Omar (2012): Boykott – Desinvestment – Sanktionen. Die weltweite Kampagne gegen Israels Apartheid und die völkerrechtswidrige Besetzung Palästinas, Köln/Karlsruhe.

Bartoschek, Sebastian (2018): Mainzer Studierendenparlament gegen BDS, in: <https://www.ruhrbarone.de/mainzer-stupa-stellt-sich-gegen-bds/155009>, abgerufen am 12.8.2020.

Bayerischer Landtag (2019a): Dringlichkeitsantrag, Drucksache 18/1848, in: http://www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP18/Drucksachen/Basisdrucksa-chen/0000001500/0000001604.pdf, abgerufen am 12.8.2020.

Bayerischer Landtag (2019b): Protokoll 18/16, in: https://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP18/Protokolle/18_Wahlperiode_Kopie/18_WP_Plenum_Kopie/016_PL_080519_ges_endg_Kopie.pdf, abgerufen am 12.8.2020.

BDS (2020): Schluss mit der Kriminalisierung der BDS-Bewegung!, in: <http://bds-kampagne.de/2020/01/15/schluss-mit-der-kriminalisierung-der-bds-bewegung/>, abgerufen am 8.7.2020.

BDS (2019a): Eurovision 2019: Nicht in einem Apartheidstaat! Nicht in Israel!, in: <http://bds-kampagne.de/2019/02/19/eurovision-2019-nicht-in-einem-apartheidstaat-nicht-in-israel/>, abgerufen am 8.7.2020.

BDS (2019b): Kundgebung gegen den Anti-BDS-Beschluss des deutschen Bundestags, in: <http://bds-kampagne.de/2019/06/30/kundgebung-gegen-den-anti-bds-beschluss-des-deutschen-bundestags/>, abgerufen am 12.8.2020.

BDS (2019c): Es gibt keinen gemeinsamen Kampf mit Rassist*innen oder Rechtsextremen für die Rechte der Palästinenser*innen!, in: <http://bds-kampagne.de/2019/05/31/es-gibt-keinen-gemeinsamen-kampf-mit-rassistinnen-oder-rechtsextremen-fuer-die-rechte-der-palaestinenserinnen/>, abgerufen am 12.8.2020.

BDS (2019d): Deutschlandweiter BDS-Aufruf, in: <http://bds-kampagne.de/aufruf/deutschlandweiter-bds-aufruf/>, abgerufen am 12.8.2020.

BDS (2019e): Die BDS-Bewegung ruft zum Boykott dieser drei antipalästinensischen deutschen Clubs auf, in: <http://bds-kampagne.de/2019/08/15/die-bds-bewegung-ruft-zum-boykott-dieser-drei-antipalaestinensischen-deutschen-clubs-auf/>, abgerufen am 12.8.2020.

BDS (2019f): Ein weiteres deutsches Gericht entscheidet zugunsten von Anhängern der BDS-Bewegung, in: <http://bds-kampagne.de/2019/09/17/ein-weiteres-deutsches-gericht-entscheidet-zugunsten-von-anhaengern-der-bds-bewegung/>, abgerufen am 12.8.2020.

BDS (2018): Berlin: Netta Barzilai: Botschafterin für israelische Apartheid, in: <http://bds-kampagne.de/2018/11/18/netta-barzilai-botschafterin-fuer-israelische-apartheid/>, abgerufen am 12.8.2020.

BDS (2017a): Sechs Gründe, warum niemand die sogenannte „EUMC“- oder IHRA- Arbeitsdefinition von Antisemitismus übernehmen sollte, in: <http://bds-kampagne.de/2017/12/20/sechs-gruende-warum-niemand-die-sogenannte-eumc-oder-ihra-arbeitsdefinition-von-antisemitismus-uebernehmen-sollte/>, abgerufen am 8.7.2020.

BDS (2017b): BNC Statement on Israel’s Ongoing Campaign to Silence Omar Barghouti & Repress BDS, in: <https://bdsmovement.net/news/bnc-statement-israels-ongoing-campaign-silence-omar-barghouti-repress-bds-movement>, abgerufen am 12.8.2020.

BDS (2017c): Die „IHRA Arbeitsdefinition von Antisemitismus“, in: <http://bds-kampagne.de/2017/12/14/die-ihra-arbeitsdefinition-von-antisemitismus/>, abgerufen am 8.7.2020.

BDS (2014): Schließt Euch der BDS-Bewegung an!, in: <http://bds-kampagne.de/2014/09/28/schliesst-euch-der-bds-bewegung-an/>, abgerufen am 8.7.2020.

- BDS** (2013): Die Position der BDS-Bewegung zum Boykott von Individuen, in: <http://bds-kampagne.de/2013/02/21/die-position-der-bds-bewegung-zum-boykott-von-individuen/>, abgerufen am 12.8.2020.
- BDS** (2012): Direct Action Berlin gegen Benefizkonzert für den Jüdischen Nationalfonds (JNF), in: <http://bds-kampagne.de/2012/10/04/direct-action-berlin-gegen-benefizkonzert-fuer-den-juedischen-nationalfonds-jnf/>, abgerufen am 12.8.2020.
- BDS** (2010): BDS in Deutschland, in: https://de.scribd.com/fullscreen/46591741?access_key=key-art-tao0pzwfma5yb0ov, abgerufen am 12.8.2020.
- BDS** (2005): Der Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft zu BDS, in: <http://bds-kampagne.de/aufruf/aufruf-der-palstinensischen-zivilgesellschaft/>, abgerufen am 8.7.2020.
- BDS** (o.J.a): FAQs, Section 2: Responding to common arguments against BDS: Isn't a boycott of Israel anti-Semitic?, in: <https://bdsmovement.net/faqs#collapse16241>, abgerufen am 8.7.2020.
- BDS** (o.J.b): Unterstützende Gruppen und Organisationen in Deutschland, in: <http://bds-kampagne.de/aufruf/aufruf-der-palstinensischen-zivilgesellschaft/unterstuetzer/>, abgerufen am 12.8.2020.
- BDS Bonn** (2018a): BDS Bonn protestiert gegen Auftritt von Amichai Magen an der Uni Bonn, in: <https://bdsgruppebonn.wordpress.com/2018/07/09/bds-bonn-protestiert-gegen-auftritt-von-amichai-magen-an-der-uni-bonn/>, abgerufen am 12.8.2020.
- BDS Bonn** (2018b): Offener Brief von BDS Bonn an den Club Bahnhof Ehrenfeld zum Konzert von Netta Barzilai am 18.11., in: <https://bdsgruppebonn.wordpress.com/2018/11/05/offener-brief-von-bds-bonn-an-den-club-bahnhof-ehrenfeld-zum-konzert-von-netta-barzilai-am-18-11/>, abgerufen am 12.8.2020.
- BDS Bonn** (2017): Freiheit für Jerusalem: 250 Menschen demonstrieren in Bonn ihre Solidarität mit Palästina!, in: <https://bdsgruppebonn.wordpress.com/2017/12/17/freieheit-fuer-jerusalem-250-menschen-demonstrieren-in-bonn-ihre-solidaritaet-mit-palaestina/>, abgerufen am 12.8.2020.
- Beck-Aktuell** (2020): Anti-Israel-Bewegung erzielt Teilerfolg vor EGMR, in: <https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/anti-israel-bewegung-erzielt-teilerfolg-vor-egmr>, abgerufen am 12.8.2020.
- Becker**, Ulrike (2016): Die Wurzeln des arabischen Boykotts gegen Israel, in: Deutsch-Israelische Gesellschaft (Hg.): Boykottbewegungen gegen Israel. Widerspruch mit Informationen und Argumenten, Berlin, S. 18–20.
- Becker**, Uwe (2019): Redebeitrag, Protokoll über die 37. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung, in: https://www.stvv.frankfurt.de/download/WOP_37_07-11-2019.pdf, abgerufen am 12.8.2020.
- Benz**, Wolfgang (2019a): Antisemitismusforscher Wolfgang Benz zu Israel-Kritik, in: <https://www.swp.de/politik/inland/interview-mit-antisemitismusforscher-wolfgang-benz-30241771.html>, abgerufen am 12.8.2020.
- Benz**, Wolfgang (2019b): Bundestag will sich zur BDS-Kampagne positionieren, in: https://www.deutschlandfunk.de/geplante-resolution-bundestag-will-sich-zur-bds-kampagne.1773.de.html?dram:article_id=449017, abgerufen am 12.8.2020.
- Benz**, Wolfgang (2004): Was ist Antisemitismus?, Bonn.
- Bergmann**, Werner/**Erb**, Rainer (1991): Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der empirischen Forschung von 1946-1989, Opladen.
- Bernstein**, Julia (2020): Antisemitismus an Schulen in Deutschland. Befunde – Analysen – Handlungsoptionen, Weinheim.
- Bernstein**, Julia (2018): „Mach mal keine Judenaktion!“, in: https://www.frankfurt-university.de/fileadmin/standard/Aktuelles/Pressemitteilungen/Mach_mal_keine_Judenaktion_Herausforderungen_und_Loesungsansaezte_in_der_professionellen_Bildungs-_und_Sozialarbeit_gegen_Anti.pdf, abgerufen am 8.7.2020.
- Bildungsstätte Anne Frank** (o.J.): Vier Gründe, warum BDS antisemitisch ist, in: https://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/user_upload/Slider/Publicationen/BDS_Kritik_Broschuere.pdf, abgerufen am 8.7.2020.

- Biskamp**, Floris (2018): Mit Boykotteur_innen umgehen, in: http://blog.floribiskamp.com/wp-content/uploads/2019/07/Floris-Biskamp-Mit-Boykotteur_innen-umgehen-Ein-Leitfaden-zum-Umgang-mit-der-israelfeindlichen-BDS-Kampagne.pdf, abgerufen am 8.7.2020.
- Brahm**, Gabriel Noah/**Romirowsky**, Asaf (2015): „If Intent, If Not in Effect: The Failure of BDS“, in: Nelson, Cary/Brahm, Gabriel Noah (Hg.): *The Case Against Academic Boycotts of Israel*, Detroit, S. 75–84.
- Bruce-Jones**, Henry (o.J.): BDS movement boycotts German venues, in: <https://www.factmag.com/2019/08/20/bds-boycotts-about-blank-golden-pudel-conne-island/>, abgerufen am 12.8.2020.
- Brumlik**, Micha (2019): Unter BDS-Verdacht: Der neue McCarthyismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 8/2019, Berlin, S. 13–16.
- Brumlik**, Micha (2013): Politik der Moral oder Moral der Politik?, in: *analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis*, Nr. 586.
- Budick**, Emily (2015): „When a Boycott is Not Moral Action but Social Conformity and the ‚Affectation of Love““, in: Nelson, Cary/Brahm, Gabriel Noah (Hg.): *The Case Against Academic Boycotts of Israel*, Detroit, S. 85–103.
- Bundesarbeitskreis Gerechter Frieden in Nahost** (2016): Solidaritätserklärung, in: <http://bds-kampagne.de/2016/10/20/solidaritaetserklaerung-des-bundesarbeitskreises-gerechter-frieden-in-nahost-der-linken-mit-christoph-glanz/>, abgerufen am 12.8.2020.
- Campusgrün** (2017): Keine Zusammenarbeit mit BDS, in: <http://www.campusgruen.de/themen/beschluesse/10092188.html>, abgerufen am 12.8.2020.
- Campusgrün** Münster (2019): Gegen jeden Antisemitismus, in: <https://www.facebook.com/CampusGruenMuenster/posts/2584418058269846>, abgerufen am 12.8.2020.
- CDU** (2016): Sonstige Beschlüsse, in: https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/cdupt16_sonstige_beschluesse.pdf?file=1, abgerufen am 12.8.2020.
- Club Voltaire** (2019): Meinungsfreiheit statt Zensur, in: https://www.club-voltaire.de/veranstaltungen/img/2019-10-15_Meinungsfreiheit_Titania.pdf, abgerufen am 12.8.2020.
- Cohen**, Ben (2007): *The Ideological Foundations of the Boycott Campaign Against Israel*, New York.
- Collins**, Sean (2016): BDS: Demonising Israel, Destroying Free Speech, in: Slater, Tom (Hg.): *Unsafe Space: The Crisis of Free Speech on Campus*, London, S. 68–80.
- Council of National and Islamic Forces in Palestine** (2005): Palestinian Civil Society Call for BDS, in: <https://www.bdsmovement.net/call#German>, abgerufen am 12.8.2020.
- CSU-Stadtratsfraktion/SPD-Stadtratsfraktion München** (2017): Antrag „Gegen jeden Antisemitismus!“, in: <https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/ANTRAG/4555576.pdf>, abgerufen am 12.8.2020.
- Decker**, Oliver/**Kiess**, Johannes/**Brähler**, Elmar (2018): Antisemitische Ressentiments in Deutschland: Verbreitung und Ursachen, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*, Gießen, S. 179–216.
- Der III. Weg** (2014): Israel-Boykott: Was jeder gegen den zionistischen Völkermord tun kann, in: <https://der-dritte-weg.info/2014/07/israel-boykott-was-jeder-gegen-den-zionistischen-voelkermord-tun-kann/>, abgerufen am 12.8.2020.
- Der Oberbürgermeister Stadt Oldenburg** (2019): Gegen jeden Antisemitismus!, in: <https://buenger-info.oldenburg.de/getfile.php?id=199676&type=do>, abgerufen am 12.8.2020.
- Deutscher Bundestag** (2019a): Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen, Drucksache 19/10191, Berlin, in: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/101/1910191.pdf>, abgerufen am 8.7.2020.
- Deutscher Bundestag** (2019b): Plenarprotokoll 19/102, Stenografischer Bericht, 102. Sitzung, in: <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19102.pdf>, abgerufen am 8.7.2020.

Deutscher Koordinierungsrat der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit (2019): Presseerklärung, in: <https://www.gcjz-wetterau.de/dkr-lehnt-bds-ab>, abgerufen am 12.8.2020.

Deutscher Koordinierungskreis Palästina Israel (2019): Presseerklärung, in: <https://www.kopi-online.de/wordpress/?p=4403>, abgerufen am 12.8.2020.

Deutsch-Israelische Gesellschaft (2016): Boykottbewegungen gegen Israel. Widerspruch mit Informationen und Argumenten, in: https://www.deutsch-israelische-gesellschaft.de/wp-content/uploads/2019/10/DIG_Boykott_gegen_Israel.pdf, abgerufen am 8.7.2020.

Deutsch-Israelische Gesellschaft (2011): DIG Magazin, in: https://www.deutsch-israelische-gesellschaft.de/wp-content/uploads/2019/10/DIG_Magazin_2011-2.pdf, abgerufen am 12.8.2020.

DGB-Jugend (2018): DGB-Jugend-Beschluss zu den Kampagnen BDS und F.O.R. Palestine, in: <https://jugend.dgb.de/++co++78eaa846-79f4-11e8-b1f5-525400d8729f>, abgerufen am 12.8.2020.

Die Linke Bundestagsfraktion (2011): Entschieden gegen Antisemitismus, in: <https://www.linksfraktion.de/themen/positionspapiere/detail/entschieden-gegen-antisemitismus/>, abgerufen am 30.7.2020.

Die Linke Parteivorstand (2014): Handeln auf der Basis unserer programmatischen Grundsätze, in: <https://archiv2017.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstaende-archiv/parteivorstand-2014-2016/beschluesse/handeln-auf-der-basis-unserer-programmatischen-grundsaeetze/>, abgerufen am 12.8.2020.

Die Linke.SDS (2020): Gegen die Kriminalisierung und Diskreditierung von Palästina-Solidarität!, in: <https://www.facebook.com/linkeds/posts/2871761809558740>, abgerufen am 12.8.2020.

Die Linke.SDS Augsburg (2019): Gegen jeden Antisemitismus!, in: <https://sdsaugsbuerg.wordpress.com/2019/06/13/gegen-jeden-antisemitismus/>, abgerufen am 12.8.2020.

Die Linke.SDS Oldenburg (2018): Gegen jeden Antisemitismus: BDS boykottieren, in: <https://de-de.facebook.com/130078354444629/posts/gegen-jeden-antisemitismus-bds-boykottieren-wir-freuen-uns-sehr-dass-wir-zusammen/250188915766905/>, abgerufen am 12.8.2020.

Die Rechte (2019): Pressemitteilung: Die Rechte verurteilt Hetze gegen israelkritisches Wahlplakat und fordert konsequentes Durchgreifen des Rechtsstaates!, in: <https://die-rechte.net/allgemein/pressemitteilung-die-rechte-verurteilt-hetze-gegen-israelkritisches-wahlplakat-und-fordert-konsequentes-durchgreifen-des-rechtsstaates/>, abgerufen am 12.8.2020.

Embacher, Helga/Edtmaier, Bernadette/Preitschopf, Alexandra (2019): Antisemitismus in Europa. Fallbeispiele eines globalen Phänomens im 21. Jahrhundert, Wien, Köln, Weimar.

Engelin, Bruno (2011): Einstimmig mit Abweichlern, in: <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/einstimmig-mit-abweichlern/>, abgerufen am 12.8.2020.

European Court of Human Rights (2020): Affaire Baldassi et autres c. France, in: <https://hudoc.echr.coe.int/eng#%7B%22languageisocode%22:%5B%22FRE%22%5D,%22appno%22:%5B%2215271/16%22,%2215280/16%22,%2215282/16%22,%2215286/16%22,%2215724/16%22,%2215842/16%22,%2216207/16%22%5D,%22documentcollectionid%22:%5B%22CHAMBER%22%5D,%22itemid%22:%5B%22001-202756%22%5D%7D>, abgerufen am 12.8.2020.

Faber, Klaus/Schoeps, Julius H./Stawski, Sacha (2006): Neu-alter Judenhass. Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik, Potsdam.

FDP (2019): Den Antisemitismus entschlossen bekämpfen!, in: <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2019/05/06/2019-04-27-bpt-den-antisemitismus-entschlossen-bekaempfen.pdf>, abgerufen am 12.8.2020.

FDP Frankfurt (2019): Kein Platz für BDS in Frankfurt, in: <https://fdp-frankfurt.de/meldung/kein-platz-fuer-bds-in-frankfurt/>, abgerufen am 12.8.2020.

Feldman, David (2019) (Hg.): Boycotts: From the American Revolution to BDS, in: Ders. (Hg.): Boycotts Past and Present. From the American Revolution to the Campaign to Boycott Israel, Cham, S. 1–19.

Feuerherdt, Alex/Markl, Florian (2018): Vereinte Nationen gegen Israel. Wie die UNO den jüdischen Staat delegitimiert, Berlin.

Feuerherdt, Alex (2016): Zur Geschichte der BDS-Bewegung. Hintergründe, Initiatoren, Finanzierung, in: Deutsch-Israelische Gesellschaft (Hg.): Boykottbewegungen gegen Israel. Widerspruch mit Informationen und Argumenten, Berlin, S. 6–11.

FOR Palestine (2016): Über uns, in: <http://for-palestine.org/de/uber-uns-4/>, abgerufen am 12.8.2020.

FRA – European Union Agency for Fundamental Rights (2019): Young Jewish Europeans: perceptions and experiences of antisemitism, in: https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2019-young-jewish-europeans_en.pdf, Luxembourg.

FRA – European Union Agency for Fundamental Rights (2018): Experiences and perceptions of antisemitism. Second survey on discrimination and hate crime against Jews in the EU, Luxembourg.

FRA – European Union Agency for Fundamental Rights (2014): Discrimination and hate crime against Jews in EU Member States: experiences and perceptions of antisemitism, Luxembourg.

Frauennetzwerk Nahost (2017): Unsere Postkartenaktionen, in: <https://frauennetzwerknahost.de/postkarten.html>, abgerufen am 12.8.2020.

Frauennetzwerk Nahost (2002): Frauen können nicht länger schweigen! Aufruf zur Umsetzung der Richtlinien des EU-Assoziationsvertrages, in: <https://frauennetzwerknahost.de/stellungnahme.html>, abgerufen am 12.8.2020.

Freunde von Sabeel Deutschland (2019): Drohende Annexion von palästinensischen Gebieten in der Westbank von Israel, in: <http://www.fvsabeel-germany.de/dokumentationen.htm>, abgerufen am 12.8.2020.

fzs – freier Zusammenschluss von studentInnenschaften (2019): Resolution – gegen BDS und jeden Antisemitismus, in: <https://www.fzs.de/positionen/feminismus-antidiskriminierung/gegen-antisemitismus/>, abgerufen am 12.8.2020.

Globisch, Claudia (2013): Radikaler Antisemitismus. Inklusions- und Exklusionssemantiken von links und rechts in Deutschland, Wiesbaden.

Goldstein, Patrick (2017): Israelgegner stören Veranstaltung mit Holocaust-Überlebender, in: <https://www.morgenpost.de/bezirke/mitte/article211007007/Israelgegner-stoeren-Veranstaltung-mit-Holocaust-Ueberlebender.html>, abgerufen am 12.8.2020.

Grüne Baden-Württemberg (2018): Konsequenz gegen jeden Antisemitismus – Nein zu BDS!, in: https://parteitage.gruene-bw.de/ldk182/Konsequenz_gegen_jeden_Antisemitismus_-_Nein_zu_BDS-46102, abgerufen am 12.8.2020.

Grüne Bayern (2017): Nein zu Antisemitismus! Nein zu BDS!, in: <https://www.gruene-bayern.de/nein-zu-antisemitismus-nein-zu-bds/>, abgerufen am 12.8.2020.

Grüne Hamburg (2017): Keine Zusammenarbeit mit BDS – sogenannten Antizionismus entlarven, in: https://beschluss.gruene-hamburg.de/wp-content/uploads/2019/02/2017-12-09_LMV_Beschluss_KeineZusammenarbeitMitBDS.pdf, abgerufen am 12.8.2020.

Grüne Jugend (2017): Nein zu jedem Antisemitismus, in: <https://gruene-jugend.de/nein-zu-jedem-antisemitismus/>, abgerufen am 12.8.2020.

Grüne Jugend Bremen (2017): Nein zu jedem Antisemitismus!, in: https://lmv-hb-11-11-2017.antragsgruen.de/LMV-HB-11-11-2017/Nein_zu_jedem_Antisemitismus-34531/pdf, abgerufen am 12.8.2020.

Grüne Niedersachsen (2018): Boykott ist keine Lösung – Nein zu BDS!, in: <https://www.gruene-niedersachsen.de/boykott-ist-keine-loesung-nein-zu-bds/>, abgerufen am 12.8.2020.

Grüne Nordrhein-Westfalen (2018): Konsequenz gegen jeden Antisemitismus, in: <https://gruene-nrw.de/2018/01/konsequenz-gegen-jeden-antisemitismus-keine-gruene-beteiligung-an-bds-kampagne/>, abgerufen am 12.8.2020.

Grüne Sachsen (2018): Gegen jeden Antisemitismus! – Nein zur BDS Kampagne, in: https://www.gruene-sachsen.de/fileadmin/media/Beschluss_V3_GRUENE_Gegen_jeden_Antisemitismus_Nein_zur_BDS_Kampagne.pdf, abgerufen am 12.8.2020.

Hamburger Bürgerschaft (2017a): Plenarprotokoll 21/54, in: https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/58416/plenarprotokoll_21_54.pdf#page=60, abgerufen am 12.8.2020.

Hamburger Bürgerschaft (2017b): Antrag, Drucksache 21/8170, in: https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/56841/jeglichem_antisemitismus_entgegenzutreten.pdf, abgerufen am 12.8.2020.

Hamburger Bürgerschaft (2017c): Antrag, Drucksache 21/7798, in: https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/56407/resolution_der_antisemitischen_bds_bewegung_konsequent_entgegenzutreten.pdf, abgerufen am 12.8.2020.

Handel, Stephan (2020): Gericht will städtischen BDS-Beschluss kippen, in: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-bds-beschluss-verwaltungsgerichtshof-meinungsfreiheit-1.4919834>, abgerufen am 12.8.2020.

Hass, Amira (2017): Europäer, es reicht nicht, die israelische Besatzung zu verurteilen: Ihr müsst Sanktionen verhängen!, in: <https://bdsgruppebonn.wordpress.com/2017/09/11/europaeer-es-reicht-nicht-die-israelische-besatzung-zu-verurteilen-ihr-muesst-sanktionen-verhaengen/>, abgerufen am 12.8.2020.

Herf, Jeffrey (2019): Unerklärte Kriege gegen Israel: die DDR und die westdeutsche radikale Linke, 1967–1989, Göttingen.

Hermann, Katja (2014): Gegen jegliche Form von Diskriminierung, in: <https://www.rosalux.de/news/id/8107>, abgerufen am 12.8.2020.

Heyder, Aribert/**Iser**, Julia/**Schmidt**, Peter (2005): Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 3, Frankfurt/Main, S. 144–165.

Hirsh, David (2018): Contemporary left antisemitism, London/New York.

Hirsh, David (2007): Anti-Zionism and Antisemitism. Cosmopolitan Reflections, Institute for the Study of Global Antisemitism and Policy.

Holnburger, Josef (2018): Boykottiert die Boykotte, in: https://jugend.dgb.de/dgb_jugend/material/magazin-soli/soli-archiv-2018/soli-aktuell-8-9-2018/++co++b813dfcc-90ad-11e8-a678-525400d8729f, abgerufen am 12.8.2020.

Holz, Klaus (2005): Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft, Hamburg.

HRK (2019): Kein Platz für Antisemitismus, in: <https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/kein-platz-fuer-antisemitismus/>, abgerufen am 12.8.2020.

IHRA (2016): Arbeitsdefinition von Antisemitismus, in: <https://www.holocaustremembrance.com/de/node/196>, abgerufen am 8.7.2020.

IIBSA (Internationales Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung) (2020): Die antisemitische Boykottkampagne BDS. Gegen Frieden und Zwei-Staaten-Lösung. Für Delegitimierung und Zerstörung Israels, <https://iibsa.org/de/antisemitische-boykottkampagne-bds-handreichung/>, abgerufen am 3.8.2020.

IIBSA (Internationales Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung) (2018): Die antisemitische Boykottkampagne BDS. Gegen Frieden und Zwei-Staaten-Lösung. Für Delegitimierung und Zerstörung Israels, in: https://iibsa.org/wp-content/uploads/2018/11/Die-antisemitische-Boykottkampagne-BDS-Eine-Handreichung_IIBSA.pdf.pdf, abgerufen am 8.7.2020.

Immenkeppel, Gabriele (2018): Rede an der Uni Bonn verläuft unter Polizeischutz friedlich, in: https://ga.de/bonn/stadt-bonn/rede-an-der-uni-bonn-verlaeuft-unter-polizeischutz-friedlich_aid-43830615, abgerufen am 12.8.2020.

Internationale Allianz von Stadtoberhäuptern (2019): „Wir treten Hass und Antisemitismus entschieden entgegen“, in: https://www.journal-frankfurt.de/journal_news/Politik-10/Internationale-Allianz-von-Stadtoberhaeuptern-Wir-treten-Hass-und-Antisemitismus-entschieden-entgegen-34239.html, abgerufen am 12.8.2020.

- Ionescu, Dana/Salzborn, Samuel** (2014): Antisemitismus in deutschen Parteien. Der Versuch eines Vergleichs. In: Dies. (Hg.): Antisemitismus in deutschen Parteien, Baden-Baden, S. 297–319.
- Jewishvirtuallibrary** (o.J.): BDS: In Their Own Words, in: <https://www.jewishvirtuallibrary.org/bds-in-their-own-words>, abgerufen am 12.8.2020.
- JFDA** (2019): Twitter Post v. 27. Juli 2019, 6:37 nachm., in: https://twitter.com/jfda_ev/status/1155155366621143040, abgerufen am 12.8.2020.
- JFDA** (2018): Grundsatzklärung zur Bekämpfung des Antisemitismus, in: <https://jfda.de/blog/2018/07/09/grundsatzklaerung/>, abgerufen am 12.8.2020.
- Judd, Tony** (2004): Zur Unterscheidung zwischen Antisemitismus und Antizionismus, in: Rabinovici, Doron/Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hg.): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt/Main, S. 44–51.
- Junge Liberale** (2017): Solidarität mit Israel!, in: <https://julius-nrw.de/beschlussammlung/solidaritaet-mit-israel-aktiv-gegen-antisemitismus-und-antizionismus/>, abgerufen am 12.8.2020.
- Junge Union** (2018): Antisemitismus konsequent bekämpfen, in: <https://data.jungeunion.de/pdf/2018/07/10/4723-5b44d62b0e350.pdf>, abgerufen am 12.8.2020.
- Jusos** (2019): Beschlussbuch Bundeskongress 2019, in: <https://www.jusos.de/content/uploads/2019/11/Juso-Beschlussbuch-November-2019-1.pdf>, abgerufen am 12.8.2020.
- Juso-Hochschulgruppen** (2016): Wider den Boykott Israels – auch den akademischen!, in: https://jusohochschulgruppen.de/content/uploads/2020/06/BKT161_D2_Wider-den-Boykott-Israels-%E2%80%93-auch-den-akademischen.pdf, abgerufen am 12.8.2020.
- Juso HSG Mannheim** (2018): Kein Platz für Antisemitismus, in: <https://www.facebook.com/JusoHSG.Mannheim/posts/10155851643116696/>, abgerufen am 12.8.2020.
- Jüdische Stimme** (2018): Weltweite jüdische Organisationen bejahen die BDS-Bewegung, in: <https://www.juedische-stimme.de/2018/07/17/weltweite-juedische-organisationen-bejahen-die-bds-bewegung/>, abgerufen am 12.8.2020.
- Kaplan, Edward H./Small, Charles A.** (2006): Anti-Israel Sentiment Predicts Anti-Semitism in Europe, in: Journal of Conflict Resolution, 50, Heft 4/2006, S. 548–561.
- Kempinski, Yoni** (2019): Report: Terrorists active in the BDS movement, in: <http://www.israelnationalnews.com/News/News.aspx/258524>, abgerufen am 12.8.2020.
- Kiefer, Christoph** (2019): Stadt Oldenburg unterliegt im Streit mit BDS-Kampagne, in: https://www.nwzonline.de/oldenburg/oldenburg-urteil-des-oberverwaltungsgerichts-stadt-oldenburg-unterliegt-im-streit-mit-bds-kampagne_a_50,4,1334257964.html, abgerufen am 12.8.2020.
- Kiefer, Christoph** (2018): Stadt Oldenburg unterliegt im Streit um Versammlung im Kulturzentrum PFL, in: https://www.nwzonline.de/oldenburg/politik/oldenburg-israelkritische-initiative-bds-stadt-oldenburg-unterliegt-im-streit-um-versammlung-im-kulturzentrum-pfl_a_50,2,2544826972.html, abgerufen am 12.8.2020.
- Kirchenkonferenz der EKD/Evangelische Mittelost-Kommission** (2011): Stellungnahme der Kirchenkonferenz der EKD und des Exekutivausschusses der EMOK, in: <https://web.archive.org/web/20160318101019/http://www.ekd.de/print.php?file=/international/emok/71428.html>, abgerufen am 12.8.2020.
- Kistenmacher, Olaf** (2018): Was tun gegen Antisemitismus?! Anregungen zu einer Pädagogik gegen Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert, in: <https://hamburg.arbeitundleben.de/img/daten/D291677478.pdf>, abgerufen am 12.8.2020.
- Kistenmacher, Olaf** (2013): Zum Zusammenhang von Antisemitismus und Antizionismus: Die Nahost-Berichterstattung der Tageszeitung der KPD, Die Rote Fahne, während der Weimarer Republik, in: Nagel, Michael/Zimmermann, Moshe (Hg.): Judenfeindschaft und Antisemitismus in der deutschen Presse über fünf Jahrhunderte: Erscheinungsformen, Rezeption, Debatte und Gegenwehr, Bremen, S. 591–608.

- Kloke**, Martin W. (2020): Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (BDS): Gratwanderungen zwischen „Israelkritik“ und Antisemitismus, in: Compass-Infodienst: Online-Extra Nr. 298.
- Klug**, Brian (2019): Die Linke und die Juden: Labours Sommer der Bitterkeit, in: Heilbronn, Christian/Rabinovici, Doron/Sznaider, Natan (Hg.): Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte, Frankfurt/Main; Berlin, S. 349–365.
- Klug**, Brian (2003): The collective Jew: Israel and the new antisemitism, in: Patterns of Prejudice, Heft 2/2003, S. 117–138.
- Kohlstruck**, Michael/**Ullrich**, Peter (2015): Antisemitismus als Problem und Symbol. Phänomene und Interventionen in Berlin, Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 52, Berlin.
- Kommunalinfo Mannheim** (2019): Resolution: Kein Platz für die antisemitische Boycott, Divestment and Sanctions (BDS)-Bewegung in Mannheim, in: <https://kommunalinfo-mannheim.de/2019/01/09/resolution-kein-platz-fuer-die-antisemitische-boycott-divestment-and-sanctions-bds-bewegung-in-mannheim/>, abgerufen am 12.8.2020.
- Kreis**, Georg (2005): Israelkritik und Antisemitismus – Versuch einer Reflexion jenseits von Religion und Nationalität, in: Minerva Institut für deutsche Geschichte Universität Tel Aviv (Hg.): Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik, Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Göttingen, S. 17–32.
- Kunst**, Sabine (2017): Humboldt-Universität verurteilt Vorfall bei Veranstaltung, in: https://www.hu-berlin.de/de/pr/nachrichten/archiv/pm1706/nr_170629_00, abgerufen am 12.8.2020.
- Küpper**, Beate/**Zick**, Andreas (2011): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei Frauen und Männern, in: Ursula Birsl (Hg.): Rechtsextremismus und Gender, Opladen/Farmington Hills, S. 187–210.
- Lagodinsky**, Sergey (2013): Kontexte des Antisemitismus: rechtliche und gesellschaftliche Aspekte der Meinungsfreiheit und ihrer Schranken, Berlin.
- Landtag Nordrhein-Westfalen** (2018): In Nordrhein-Westfalen ist kein Platz für die antisemitische BDS-Bewegung, in: <https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-3577.pdf>, abgerufen am 12.8.2020.
- Landtag Rheinland-Pfalz** (2018): Antisemitismus entschlossen bekämpfen, in: <https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/6513-17.pdf>, abgerufen am 12.8.2020.
- Landtag von Baden-Württemberg** (2018): Landtagsbeschluss, in: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/4000/16_4754_D.pdf, abgerufen am 12.8.2020.
- Lange**, Armin/**Muzicant**, Ariel/**Porat**, Dina/**Schiffman**, Lawrence H./**Weitzman**, Mark (2018): An End to Antisemitism! A catalogue of policies to combat Antisemitism, Breitenfurt.
- Leemhuis**, Remko (2018): Die antisemitische Boykottkampagne gegen Israel. Inhalte, Ziele, Gegenstrategien, American Jewish Committee Berlin Office, Berlin.
- Lejeune**, Martin (2020): „Es gibt keine Strafe, die hoch genug wäre, mich zum Schweigen zu bringen zu den Verbrechen des Apartheid Regimes“, in: <http://www.martinlejeune.de/humboldt3/>, abgerufen am 12.8.2020.
- Lerman**, Antony (2004): Antisemitismus in Europa, in: Rabinovici, Doron/Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hg.): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt/Main, S. 101–118.
- Levy**, Richard S. (2005): Anti-Zionism, in: Ders. (Hg.): Antisemitism: a historical encyclopedia of prejudice and persecution, Santa Barbara, S. 25–26.
- Liberale Hochschulgruppen** (2018): Antisemitismus, in: <https://liberale-hochschulgruppen.de/abschluss-abc/antisemitismus/>, abgerufen am 12.8.2020.
- Linke Liste SDS** (2020): Antisemitismus und Antizionismus konsequent bekämpfen anstatt ihn zu verharmlosen!, in: <https://www.facebook.com/notes/linke-liste-sds-unabh%C3%A4ngige-saar/antisemitismus-und-antizionismus-konsequent-bek%C3%A4mpfen-anstatt-ihn-zu-verharmlose/1436301006571511/>, abgerufen am 12.8.2020.

- Linksjugend Solid** (2015): Gegen jeden Antisemitismus, in: <https://www.linksjugend-solid.de/2015/09/11/gegen-jeden-antisemitismus/>, abgerufen am 12.8.2020.
- Manus**, Christoph (2019): Bürgermeister Becker attackiert Club Voltaire: Rote Linie überschritten, in: <https://www.fr.de/frankfurt/frankfurt-becker-attackiert-club-voltaire-streit-bds-initiative-zr-13123018.html>, abgerufen am 12.8.2020.
- Marcus**, Kenneth L. (2015a): The Definition of Anti-Semitism, Oxford.
- Marcus**, Kenneth L. (2015b): Is the Boycott, Divestment, and Sanctions Movement Anti-Semitic?, in: Nelson, Cary/Brahm, Gabriel Noah (Hg.): The Case Against Academic Boycotts of Israel, Detroit, S. 243–258.
- Markl**, Florian (2017): Die Wurzel der Israel-Boycottbewegung, in: <https://www.mena-watch.com/die-wurzel-der-israel-boycottbewegung/>, abgerufen am 12.8.2020.
- Markovits**, Andrei S. (2004): Antiamerikanismus und Antisemitismus in Europa, in: Rabinovici, Doron/Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hg.): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt/Main, S. 211–233.
- Marx21** (2020): FAQ: Ist BDS antisemitisch?, in: <https://www.marx21.de/bds-antisemitismus-israel-palaestina/>, abgerufen am 12.8.2020.
- Mohr**, Sebastian (2017): Zur Aktualität der Israel-Boycottkampagnen in den deutschen Kirchen, in: Compass-Infodienst: Online-Extra Nr. 265.
- Mohr**, Sebastian/**Riebe**, Jan (2017): Die BDS-Kampagne gegen Israel oder die Taktik der Diffusität, in: AAS (Hg.): „Man wird ja wohl Israel noch kritisieren dürfen ...“?, Berlin, S. 22–26.
- Mohr**, Sebastian (2016): Zum Stand der Israel-Boycottkampagnen in Deutschland, in: Deutsch-Israelische Gesellschaft (Hg.): Boycottbewegungen gegen Israel. Widerspruch mit Informationen und Argumenten, Berlin, S. 12–17.
- Morsch**, Jonathan (2018): Gegen jeden Antisemitismus!, Veranstaltung „Jugend im Landtag“. Anträge – Beschlüsse – Stellungnahmen, in: https://www.landtag.ltsh.de/export/sites/ltsh/service/downloadgallery/jugend-iLT/jugend-im-landtag_2018.pdf, abgerufen am 12.8.2020.
- Muslim Markt** (o.J.a): Wer ist eigentlich der Muslim-Markt?, in: <http://muslim-markt.de/Service/werist.htm>, abgerufen am 12.8.2020.
- Muslim Markt** (o.J.b): Israelische Produkte und Unternehmen mit Bezug zu Deutschland, in: <http://muslim-markt.de/boykott/israelischefirmen.htm>, abgerufen am 12.8.2020.
- Muslim Markt** (o.J.c): Produkte und Unternehmen in Deutschland mit eindeutiger und erheblicher Unterstützung des Zionismus, in: http://www.muslim-markt.de/boykott/unterstuetzer_zionismus.htm, abgerufen am 12.8.2020.
- Muslim Markt** (o.J.d.): Boycott zionistischer Waren, in: <http://www.muslim-markt.de/Palaestina-Spezial/boykott/boykott.htm>, abgerufen am 12.8.2020.
- Muslim Markt** (o.J.e.): Erklärung zu den Boykottaufrufen, in: <http://muslim-markt.de/boykott/erklaerung.htm>, abgerufen am 12.8.2020.
- Nelson**, Cary (2019): Israel denial: anti-Zionism, anti-semitism, & the faculty campaign against the Jewish state, Washington/Bloomington.
- Nelson**, Cary (2018): Conspiracy Pedagogy on Campus: BDS Advocacy, Antisemitism, and Academic Freedom, in: Pessin, Andrew/Ben-Atar, Doron S. (Hg.): Anti-Zionism on campus: the university, free speech, and BDS, Bloomington, S. 190–211.
- Nelson**, Cary (2015): Introduction, in: Ders./Brahm, Gabriel Noah (2015) (Hg.): The case against academic boycotts of Israel, Chicago/New York, S. 12–29.
- NRW.direkt** (2018): Bergisch Gladbach will keinen Anti-BDS-Beschluss, in: <http://nrw-direkt.net/bergisch-gladbach-will-keinen-anti-bds-beschluss/>, abgerufen am 12.8.2020.
- Ohne Autor*in** (2019): AfD und Israel. Entschieden unentschieden, in: <https://www.israel-netz.com/politik-wirtschaft/politik/2019/10/25/entschieden-unentschieden/>, abgerufen am 12.8.2020.

Ohne Autor*in (2018): Stura zieht Boykott zurück, in: https://www.rnz.de/campus_artikel,-israelkri-tische-bds-kampagne-stura-zieht-boykott-zurueck-_arid,366877.html, abgerufen am 12.8.2020.

Palestinian BDS National Committee (o.J.): Palestinian BDS National Committee, in: <https://bdsmovement.net/bnc>, abgerufen am 12.8.2020.

Paul, Reimar (2019): FDP-Antrag im Göttinger Rat wärmt Streit um Friedenspreis wieder auf, in: <https://www.hna.de/lokales/goettingen/fdp-antrag-im-goettinger-rat-waermt-streit-um-friedenspreis-wieder-auf-12568990.html>, abgerufen am 12.8.2020.

Pax Christi (2018): pax christi weist infame Unterstellungen zurück, in: <https://www.paxchristi.de/meldungen/view/5794432729219072/pax%20christi%20weist%20in-fame%20Unterstellungen%20zur%C3%BCck>, abgerufen am 12.8.2020.

Pax Christi (2014): Postkartenaktion an die Bundeskanzlerin, in: <https://www.paxchristi.de/meldungen/view/5837331189727232/Postkartenaktion%20an%20die%20Bundeskanzlerin>, abgerufen am 12.8.2020.

Pax Christi (2012): Aktion Besetzung schmeckt bitter startet, in: <https://www.paxchristi.de/meldungen/view/4750923171627008/Aktion%20%C2%84Besetzung%20schmeckt%20bit-ter%20%93%20startet>, abgerufen am 12.8.2020.

Pax Christi (o.J.): Besetzung schmeckt bitter, in: <https://www.paxchristi.de/kampagnen/view/6468014589345792/Besetzung%20schmeckt%20bitter>, abgerufen am 12.8.2020.

Pessin, Andrew/Ben-Atar, Doron S. (2018): Introduction and Overview: The Silencing, in: Dies. (Hg.): Anti-Zionism on campus: the university, free speech, and BDS, Bloomington, S. 1–40.

Pfahl-Traugher, Armin (2020): Antizionistischer und israelfeindlicher Antisemitismus. Definitionen – Differenzierungen – Kontroversen, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Dossier Antisemitismus, Bonn, S. 59–64.

Rat der EKD (2020): Stellungnahme des Rates der EKD, in: <https://www.ekd.de/stellungnahme-rat-der-ekd-debatte-bds-bewegung-53837.htm>, abgerufen am 12.8.2020.

Rat der Europäischen Union (2019): Beschluss (GASP) 2019/1341 des Rates, Amtsblatt der Europäischen Union, in: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/HTML/?uri=CELEX:32019D1341&from=en>, abgerufen am 12.8.2020.

Rat der Stadt Bielefeld (2019): Antisemitismus bekämpfen – BDS-Kampagne entgegentreten, in: https://anwendungen.bielefeld.de/bi/to0050.asp?__ktonr=168361, abgerufen am 12.8.2020.

Rat der Stadt Bochum (2019): Resolution des Rates der Stadt Bochum: Nein zu Antisemitismus!, in: <https://www.uwg-freie-buerger.de/resolution-des-rates-der-stadt-bochum-nein-zu-antisemitismus/>, abgerufen am 12.8.2020.

Rat der Stadt Bonn (2019): Amtsblatt der Bundesstadt Bonn, in: https://www.bonn.de/downloads/amt-13/amtsblatt/53_2019_Amtsblatt_NS_Rat_14.5.2019.pdf, abgerufen am 12.8.2020.

RCDS (2017): Beschlussmappe der Bundesdelegiertenversammlung v. 13.10.-15.10.2017, in: <http://rcds.de/wp-content/uploads/2018/03/Beschlussmappe-Gesamt.pdf>, abgerufen am 12.8.2020.

Reininger, Lothar (2020): Stellungnahme zum Protokoll der Fragestunde am 31. 10. 2019 in der Stadtverordnetenversammlung, in: <https://www.frankfurter-info.org/news/drohender-entzug-staedtischer-foerderung-fuer-den-club-voltaire>, abgerufen am 12.8.2020.

Reith, Annika (2018): „Für mich ist das kultureller Terror“, in: <https://spex.de/fuer-mich-ist-das-kultureller-terror-anne-haffmans-domino-records-ueber-bds/1/>, abgerufen am 12.8.2020.

Rensmann, Lars (2006): Der Nahost-Konflikt in der Perzeption des Rechts- und Linksextremismus, in: Faber, Klaus/Schoeps, Julius H./Stawski, Sacha (Hg.): Neu-alter Judenhass. Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik, Berlin, S. 33–47.

Riebe, Jan/Mohr, Sebastian (2019): Mohr Antisemitismus Die BDS-Kampagne gegen Israel oder die Taktik der Diffusität, in: <https://www.belltower.news/die-bds-kampagne-gegen-israel-oder-die-taktik-der-diffusitaet-85185/>, abgerufen am 8.7.2020.

- Rosen, Armin/Leibovitz, Liel** (2018): BDS Umbrella Group Linked to Palestinian Terrorist Organizations, in: <https://www.tabletmag.com/sections/news/articles/bds-umbrella-group-linked-to-palestinian-terrorist-organizations>, abgerufen am 12.8.2020.
- Sacks, Jonathan** (2016): The Mutating Virus: Understanding Antisemitism, in: <https://rab-bisacks.org/mutating-virus-understanding-antisemitism/>, abgerufen am 12.8.2020.
- Sahm, Ulrich W.** (2019): Aus der Mitte entspringt eine Mauer, in: <https://www.israelnetz.com/kommentar-analyse/2019/01/31/aus-der-mitte-entspringt-eine-mauer/>, abgerufen am 12.8.2020.
- Salzborn, Samuel** (2019): Antisemitismus und Antiimperialismus. Ein Problemaufriss, in: Glöckner, Olaf/Jikeli, Günther (Hg.): Das neue Unbehagen: Antisemitismus in Deutschland heute, Hildesheim/Zürich/New York, S. 39–48.
- Salzborn, Samuel** (2018): Globaler Antisemitismus: eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne, Weinheim.
- Salzborn, Samuel** (2014): Die Genese des Antisemitismus in Europa, in: Ders. (Hg.): Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie, Baden-Baden, S. 11–23.
- Salzborn, Samuel** (2013): Israelkritik oder Antisemitismus? Kriterien für eine Unterscheidung, in: Kirche und Israel. Neukirchener theologische Zeitschrift, Heft 1/2013, S. 5–16.
- Scheit, Gerhard/Schaden, Stefan** (2015): Doppelbödiges Kampagne, in: <https://www.wina-magazin.at/doppelboedige-kampagne/>, abgerufen am 12.8.2020.
- Scherr, Albert/Schäuble, Barbara** (2007): „Ich habe nichts gegen Juden, aber ...“ Ausgangsbedingungen und Perspektiven gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit gegen Antisemitismus, Amadeu Antonio Stiftung, Berlin.
- Schlachthof Wiesbaden** (2018): Editorial November 2018, in: <https://www.schlachthof-wiesbaden.de/news-31/items/editorial-november-2018.html>, abgerufen am 12.8.2020.
- Schmidt, Holger J.** (2010): Antizionismus, Israelkritik und „Judenknax“. Antisemitismus in der deutschen Linken nach 1945, Bonn.
- Schmidt-Lunau, Christoph** (2019): Streit um „rote Linie“, in: <https://taz.de/Club-Voltaire-und-BDS-Unterstuetzung/15645456/>, abgerufen am 12.8.2020.
- Schneider, Richard C.** (2018): Code Red – und immer wieder Gaza, in: <https://richard-c-schneider.com/schneiders-blog-zeva-adom-code-red-gaza/>, abgerufen am 12.8.2020.
- Schönball, Ralf** (2017): Drei Israel-Gegner stören Veranstaltung in der Humboldt-Uni, in: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/antisemitismus-in-berlin-drei-israel-gegner-stoeren-veranstaltung-in-der-humboldt-uni/19974986.html>, abgerufen am 12.8.2020.
- Schwarz-Friesel, Monika** (2019): Judenhass im Internet: Antisemitismus als kulturelle Konstante und kollektives Gefühl, Berlin/Leipzig.
- Schwarz-Friesel, Monika/Reinharz, Jehuda** (2013): Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert, Berlin.
- Sharansky, Natan** (2004): 3D Test of Anti-Semitism: Demonization, Double Standards, Delegitimization, in: <http://www.jcpa.org/phas/phas-sharansky-f04.htm>, abgerufen am 12.8.2020.
- SPD Berlin** (2016): Antrag 43/III/2016 Gegen jeden Antisemitismus, in: https://parteitag.spd.berlin/cvtx_antrag/gegen-jeden-antisemitismus-nieder-mit-der-antisemitischen-bds-bewegung/, abgerufen am 12.8.2020.
- SPD Oldenburg** (2019): SPD Oldenburg begrüßt den Beschluss des Bundestages, in: <https://www.spd-oldenburg.de/2019/06/03/spd-oldenburg-begruesst-den-beschluss-des-bundestags-gegen-die-bds-bewegung/>, abgerufen am 12.8.2020.
- Spex Redaktion** (2018): Täglich grüßt BDS: DJs gegen Israel, in: <https://spex.de/taeglich-gruesst-bds-djs-gegen-israel/>, abgerufen am 12.8.2020.

Stadt Dortmund (2019): Grundsatzerklärung des Netzwerks zur Bekämpfung von Antisemitismus in Dortmund, in: https://www.dortmund.de/media/downloads/pdf/news_pdf/2019_6/Grundsatzerklaerung_gegen_Antisemitismus.pdf, abgerufen am 12.8.2020.

Stadt Essen (2019): Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 20.03.2019, in: https://ris.essen.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdF-cExjZVNVy94cvCAPRcB9TqK_30jOsDB9IIIMYZazGZk1Z6wq/Beschlusstext_0420-2019-1_-oefentlich-_Hauptausschuss_20.03.2019.pdf, abgerufen am 12.8.2020.

Stadt Köln (2018): Niederschrift, in: https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0051.asp?__kvonr=77087, abgerufen am 12.8.2020.

Stadt München (2017): Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 10165, in: <https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/SITZUNGSVORLAGE/4760943.pdf>, abgerufen am 12.8.2020.

Stadt Münster (2019): Niederschrift über die 37. Sitzung, in: https://www.stadt-muenster.de/session-net/sessionnetbi/to0040.php?__ksinr=11323, abgerufen am 12.8.2020.

Stadt Neu-Ulm (2020): Stadt steht zu Israel, in: <https://www.pressreader.com/germany/sudwest-presse-ulm/20200218/282454236007607>, abgerufen am 12.8.2020.

Stadtrat Leipzig (2019): Der Stadtrat tagt: Klares Bekenntnis gegen Antisemitismus und Antisemitismus, in: <https://www.l-iz.de/politik/leipzig/2019/06/Der-Stadtrat-tagt-Klares-Bekenntnis-gegen-Antisemitismus-und-Antisemitismus-282824>, abgerufen am 12.8.2020.

Stadtverordnetenversammlung Frankfurt/Main (2017a): Antisemitismus keinen Raum geben - BDS aktiv entgegnet, in: https://www.stvv.frankfurt.de/PARLIS-LINK/DDW?W=DOK_NAME=%27M_165_2017%27, abgerufen am 12.8.2020.

Stadtverordnetenversammlung Frankfurt/Main (2017b): Niederschrift über die 17. (öffentliche) Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung, in: https://www.stvv.frankfurt.de/download/N_STVV_17_28-09-2017.pdf, abgerufen am 12.8.2020.

Steinitz, Benjamin/Poengen, Daniel (2018): Die AfD im Spannungsfeld zwischen Relativierung und Instrumentalisierung des Antisemitismus, in: Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin/Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hg.): Berliner Zustände. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im Jahr 2017, S. 32–43.

Steinke, Ronen (2020): Terror gegen Juden. Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt, Berlin/München.

Studentische Initiative gegen Antisemitismus Giessen (2019): Pressemitteilung anlässlich des gescheiterten Anti-BDS-Beschlusses des Studierendenparlamentes der JLU, in: <https://www.facebook.com/notes/studentische-initiative-gegen-antisemitismus-giessen/pressemitteilung-anl%C3%A4sslich-des-gescheiterten-anti-bds-beschlusses-des-studierenden/1521504084654060/>, abgerufen am 12.8.2020.

StuPa HU Berlin (2018): 3. Sitzung des 26. Studierendenparlamentes am 02.07.2018, in: <https://vertretungen.hu-berlin.de/de/stupa/sitzungen/2018/07-02/180702-protokoll-stupa-final.pdf>, abgerufen am 12.8.2020.

StuPa Uni Darmstadt (2017): Protokoll Studierendenparlament, in: https://www.asta.tu-darmstadt.de/asta/de/system/files/sitzungsprotokolle/3118/2017-11-22_protokoll_studierendenparlament_tu_darmstadt_genehmigt_web_0.pdf, abgerufen am 12.8.2020.

StuPa Uni Bonn (2019): Erneuerung des Bekenntnisses gegen Antisemitismus, in: https://sp.uni-bonn.de/beschluesse/dl/41/20190717_Erneuerung_Bekenntnis_gegen_Antisemitismus.pdf, abgerufen am 12.8.2020.

StuPa Uni Frankfurt/Main (2017): StuPa verurteilt antisemitische BDS-Kampagne, in: <https://asta-frankfurt.de/aktuelles/stupa-verurteilt-antisemitische-bds-kampagne>, abgerufen am 12.8.2020.

StuPa Uni Kassel (2019): Protokoll, in: https://asta.studierende-kassel.de/wp-content/uploads/sites/4/2019/06/20181212_Protokoll_Ordentliche-Sitzung.pdf, abgerufen am 12.8.2020.

StuPa Uni Marburg (2019): Antisemitische Kampagnen boykottieren, die BDS-Kampagne verhindern, in: https://www.asta-marburg.de/fileadmin/Gremien/StuPa/Beschlussarchiv/55.Student_innenparlament_2019_20/20191023_Antisemitische_Kampagnen_boykottieren_die_BDS-Kampagne_verhindern.pdf, abgerufen am 12.8.2020.

StuPa Uni Münster (2019): Beschlüsse der 3. Sitzung, in: https://www.stupa.ms/wp-content/uploads/Protokolle%20und%20Beschl%C3%BCsse/62.%20StuPa/Beschl%C3%BCsse/Beschl%C3%BCsse%20der%203.%20Sitzung%20des%2062.%20StuPa_kor.pdf, abgerufen am 12.8.2020.

StuRa Uni Freiburg (2017): Protokoll des StuRa vom 10.01.2017, in: https://www.stura.uni-freiburg.de/gremien/studierendenrat/protokolle/wise16/stura_protokoll_07_02_2017/protokoll0702/view, abgerufen am 12.8.2020.

StuRa Uni Halle-Wittenberg (2019): Tischvorlage der 14. Sitzung des 29. Studierendenrates am 17.06.2019, in: <https://www.stura.uni-halle.de/wp-content/uploads/2019/07/17.06.19aktuelleto-ostura.pdf>, abgerufen am 12.8.2020.

StuRa Uni Jena (2019): Öffentliche Materialien zur 18. Sitzung des StuRa der Amtszeit 2018/19, in: https://www.stura.uni-jena.de/downloads/sitzungsmaterial/18-19/2019-06-25_Sitzungsmaterial.pdf, abgerufen am 12.8.2020.

StuRa Uni Leipzig (2016): Antrag v. 26.7.2016, in: https://stura.uni-leipzig.de/sites/stura.uni-leipzig.de/files/dokumente/2016/07/bds_antrag_fsr_kuwi.pdf, abgerufen am 12.8.2020.

Thrall, Nathan (2018): Boykott gegen Israel, in: <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5554925>, abgerufen am 12.8.2020.

Thüringer Landtag (2018): Antisemitismus in Thüringen konsequent bekämpfen, in: http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/67720/antisemitismus_in_thueringen_konsequent_bekaempfen.pdf, abgerufen am 12.8.2020.

Trilling, Benjamin (2017): BDS-Kampagne sorgt für StuPa-Streit, in: <https://www.bszone.de/artikel/bds-kampagne-sorgt-f%C3%BCr-stupa-streit>, abgerufen am 12.8.2020.

Uhlig, Tom David (2020): Antisemitismus im linken Spektrum, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Dossier Antisemitismus, Bonn, S. 69–75.

Ullrich, Peter (2019): „Eine abwegige Debatte“. Interview mit Stefan Reinecke, in: <https://taz.de/Experte-ueber-Antisemitismusdefinitionen/!5635028/>, abgerufen am 22.7.2020.

Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus (2017): Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Drucksache 18/11970, Berlin, in: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf>, abgerufen am 8.7.2020.

Unicorns (2017): Gegen jeden Antisemitismus, in: <https://www.facebook.com/unicornsUHH/photos/gegen-jeden-antisemitismusdas-studierendenparlament-der-universit%C3%A4t-hamburg-hat-883416788477977/>, abgerufen am 12.8.2020.

Verband Jüdischer Studenten in Bayern (2020): BDS Beschluss der Stadt München aufrechterhalten, in: <https://www.hagalil.com/2020/07/bds-muenchen/>, abgerufen am 12.8.2020.

Ver.di. Jugend (2019): ohne Titel, Facebook-Eintrag v. 11.5.2019, in: <https://www.facebook.com/ver.di.Jugend/photos/a.156649127730170/2273616466033415/?type=3&theater>, abgerufen am 12.8.2020.

VG Köln (2019): Beschluss v. 12.9.2019, in: <https://openjur.de/u/2180454.html>, abgerufen am 12.8.2020.

VG München (2018): Urteil v. 12.12.2018, Einschränkung des Zulassungsanspruchs zu einer öffentlichen Einrichtung, in: <https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/Y-300-Z-BECKRS-B-2018-N-36638?AspxAutoDetectCookieSupport=1>, abgerufen am 12.8.2020.

Webman, Esther (1998): Anti-Semitic Motifs in the Ideology of Hizballah and Hamas, Herzliya.

- Weidel**, Alice/Gauland, Alexander (2019): BDS-Bewegung verurteilen – Existenz des Staates Israel schützen, Bundestag Drucksache 19/9757, Berlin, in: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/097/1909757.pdf>, abgerufen am 8.7.2020.
- Wetzel**, Jakob (2017): Gasteig verliert Nahost-Streit, in: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/landgericht-gasteig-verliert-nahost-streit-1.3689901>, abgerufen am 12.8.2020.
- Wistrich**, Robert (2011): From blood libel to boycott: changing faces of British Antisemitism, Vidal Sassoon International Center for the Study of Antisemitism.
- Wistrich**, Robert (2004): Der alte Antisemitismus in neuem Gewand, in: Rabinovici, Doron/Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hg.): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt/Main, S. 250–270.
- Zick**, Andreas/**Berghan**, Wilhelm/**Mokros**, Nico (2019): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2018/19, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hg.): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Bonn, S. 53–116.
- Zick**, Andreas/**Hövermann**, Andreas/**Jensen**, Silke/**Bernstein**, Julia (2017): Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus, Bielefeld, https://uni-bielefeld.de/ikg/daten/JuPe_Bericht_April2017.pdf, abgerufen am 8.7.2020.
- Zick**, Andreas/**Küpper**, Beate (2007): Antisemitismus in Deutschland und Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, S. 12–19.
- Zimmermann**, Moshe (2004): Im Arsenal des Antisemitismus, in: Rabinovici, Doron/Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hg.): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt/Main, S. 294–309.

Herausgeberin

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung
Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS)
Salzburger Straße 21–25
10825 Berlin
Telefon: 030 9013 – 3460
Internet: www.berlin.de/lads
E-Mail: Ansprechperson-AS@senjustva.berlin.de